

Wendelin Ettmayer

SICHERHEIT UND MACHT IN DEN INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN

Inhaltsverzeichnis

I. Neue Dimensionen von Sicherheit und Macht

- 1) Von der Sicherheit der Staaten zur Sicherung der Existenz der Menschen
 - 1.1 Der Durchbruch der Volkssouveränität – auch in der Außenpolitik
 - 1.2. Der besondere Stellenwert der Menschenrechte
 - 1.3. Sicherheit durch Zusammenarbeit
 - 1.3.1 Von der nationalen zur regionalen Sicherheit im militärischen Bereich
NATO und GASP
 - 1.3.2 Zusammenarbeit bei der Existenzsicherung
- 2) Von der Macht durch Gewalt zur Macht der Mutigen
 - 2.1. Was ist Macht im traditionellen Sinn?
 - 2.2. „Groß“ ist wer erobert
 - 2.3. Die Macht der Mutigen
 - 2.4. Wie kam es dazu?
 - 2.4.1. Die Bildungsrevolution
 - 2.4.2. Die demokratische Revolution in der Außenpolitik
 - 2.4.3 Die Informationsrevolution

II. Traditionelle Außenpolitik: Sicherheit durch Macht

- 1) Traditionelle Ziele der Außenpolitik: Sicherheit durch Macht
- 2) Traditionelle Mittel der Außenpolitik: Realpolitik Staatsräson und Krieg
 - 2.1. Die Umkehrung der Werte im Reich der Realpolitik
 - 2.2. Realpolitik in der Praxis – die sieben Weltkriege
- 3) Die traditionellen Player
- 4) Machtpolitik im 21. Jahrhundert
 - 4.1. Der US-Alleingang in der Weltpolitik
 - 4.2. Die Dialektik der Globalisierung – das Werden einer multipolaren Welt
 - 4.3. Machtpolitische Konflikte auch in der Zukunft

III. Neue Außenpolitik: Existenzsicherung durch Zusammenarbeit

- 1) Neue Ziele: Eine Außenpolitik im Dienst der Menschen
- 2) Neue Mittel: Internationale Organisationen, Großkonferenzen und Aktionspläne

3) Neue Player

3.1. Non-Governmental-Organisation (NGOs)

3.2. Medien

3.3. Multinationale Konzerne

IV. Wie kam es zu diesen grundlegenden Veränderungen?

1) Die Revolution in der europäischen Diplomatie

2) Kann man Kriege noch gewinnen?

2.1. Das Wesen des Krieges

2.2. Was hat sich geändert?

3) Die Relativierung der Souveränität

3.1. Der Verlust der äußeren Souveränität

3.2. Der Verlust der inneren Souveränität

3.3. Zwischen Souveränität und Interventionsrecht – eine Grauzone

V. Macht und Ohnmacht der internationalen Gemeinschaft

1) Welche Rolle spielt die internationale Gemeinschaft

2) Die Welt als Sicherheits- und Wertegemeinschaft

I

. Neue Dimensionen von Sicherheit und Macht

Kaum zwei andere Begriffe haben in der gesamten Geschichte der internationalen Beziehungen eine so große Rolle gespielt, wie jene von Sicherheit und Macht. War es doch das wesentliche Ziel eines Landes bzw. seines Herrschers, die eigene Sicherheit zu gewährleisten; und als das beste Mittel dazu erachtete man die eigene Macht, durchaus verstanden als militärische Macht.

Sowohl die beiden Begriffe von Sicherheit und Macht, die Jahrhunderte hindurch die internationalen Beziehungen prägten, so haben sich beide während der letzten Jahrzehnte dramatisch verändert. Nicht, dass es Sicherheit und Machtpolitik im traditionellen Sinne nicht mehr gäbe auch heute wird noch verschiedentlich in machtpolitischen Kategorien gedacht und gehandelt. Aber daneben haben beide Begriffe, jener der Sicherheit und jener der Macht, ganz neue Dimensionen entwickelt.

Was die Sicherheit betrifft, so geht es heute auch in den internationalen Beziehungen, nicht nur um die Sicherheit der Staaten, sondern vor allem auch um die Sicherheit der Existenz der Menschen. Die Verbesserung der existenziellen Sicherheit, das Streben nach Wohlfahrt ist schon längst eine Aufgabe der internationalen Beziehungen, der Staatengemeinschaft geworden. Der Wohlfahrtsstaat hat eine internationale Dimension entwickelt.

Natürlich geht es nach wie vor auch um traditionelle Sicherheit. Es gibt Militärbündnisse, die eine erhebliche Rolle spielen. Aber daneben gibt es eine Unzahl

von internationalen Organisationen, NGOs und zwischenstaatliche Gremien, die sich um die existenzielle Sicherheit der Menschen bemühen. Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger wurde eine wesentliche Legitimation der Außenpolitik.

Einem ähnlichen Wandel war der Begriff der Macht unterzogen. Seit Entstehung der Staatenwelt bis zum Beginn der Neuzeit war die Macht ein integraler Bestandteil einer jeden Außenpolitik und der internationalen Beziehungen. Für viele Staaten, vor allem für die Großmächte, wird Macht auch weiterhin mit den Grundlagen und Zielen ihrer Außenpolitik eng verbunden sein. Auch in Zukunft wird es eine Diplomatie geben, die auf den Einsatz von Macht, ja von militärischen Mitteln setzt, eben die „coercive diplomacy“.

Daneben, und das hat es in diesem Ausmaß in der Welt früher nicht gegeben, betreiben heute viele Staaten eine Außenpolitik, deren Durchsetzung nicht mehr mit dem Einsatz militärischer Macht verbunden ist. Für manche Staaten, wie etwa für die westlichen Wohlfahrtsstaaten, ist der Einsatz militärischer Macht zur Durchsetzung der nationalen außenpolitischen Ziele fast denkbar geworden.

Damit stellt sich die Zweiteilung der Welt so dar: Die „alte Welt“ in der die Einheit von Macht- und Außenpolitik weiter besteht, steht einer „neuen Welt“ gegenüber, für die Außenpolitik, Sicherheit und Zusammenarbeit mit der Förderung der persönlichen Wohlfahrt verbunden ist. Dass in diesem Kontext Amerika die „alte“ und Westeuropa die „neue“ Welt darstellt, ist ein Paradoxon, das auch als List der Geschichte gesehen werden könnte.

1. Von der Sicherheit der Staaten zur Sicherung der Existenz der Menschen

Während der gesamten Geschichte der Menschen wurden Kriege geführt und Friedensverträge abgeschlossen, um die Existenz der Staaten zu sichern oder um die Macht der Herrscher zu vergrößern. Heute geht es um andere Ziele, nämlich in einem ganz entscheidenden Ausmaß darum, die existenzielle Sicherheit der Menschen durch internationale Zusammenarbeit zu fördern. In dem Ausmaß, in dem die Bürger eine Mitsprache bei der Gestaltung ihrer politischen Verhältnisse erreicht

haben, gelang es ihnen auch dahingehend zu wirken, dass die internationalen Beziehungen auf die Förderung der persönlichen Wohlfahrt ausgerichtet wurden.

Vom Spanischen Erbfolgekrieg bis zur amerikanischen Vorherrschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts hat sich jedenfalls gezeigt, dass die Beziehungen zwischen den Staaten weitgehend denselben Bestrebungen folgten: Das Ziel war stets die Erweiterung der Macht des eigenen Landes, Staatsräson und Realpolitik waren die tragenden Grundsätze.

So sehr diese Prinzipien für einen wesentlichen Teil der internationalen Beziehungen weiterhin Gültigkeit haben und haben werden, es gibt heute auch eine andere Legitimation für das außenpolitische Handeln: Die Förderung der Wohlfahrt der Bürger. So sehr die Erhaltung von Frieden und Sicherheit auch in Zukunft wesentliche Aufgaben der Diplomatie sein werden, so ist die internationale Zusammenarbeit heute auch ganz entscheidend darauf ausgerichtet, die Entwicklung zu fördern und die Umwelt zu schützen, die Rechte von Frauen, Kindern und benachteiligten Gruppen zu gewährleisten und die großen Herausforderungen in der Welt, von der Bekämpfung der Armut bis zur Beseitigung des Hungers, gemeinsam in Angriff zu nehmen. Die Existenzsicherung der Menschen umfasst heute viele Bereiche: Sie reicht von der Sicherung der Ernährung bis zur Energiesicherung und Sicherheit der Umwelt; Sie umfasst Erziehung, Gesundheit und die Wirtschaft genauso wie die Sicherheit des Finanzsystems und die Menschenrechte.

Damit wurde fast jedes Thema, das innenpolitisch relevant ist, ein Teil der internationalen Sicherheitsstruktur. Das bedeutet aber auch, dass die militärische Sicherheit, die früher das entscheidende Wesensmerkmal der internationalen Beziehungen darstellte, heute nur mehr einen Teil der Existenzsicherung der Menschen abdeckt.

1.1. Der Durchbruch der Volkssouveränität – auch in der Außenpolitik

Nach den furchtbaren Leiden der beiden Weltkriege und nachdem sich innerstaatlich das Prinzip des Wohlfahrtsstaates durchgesetzt hatte, wurde auch die Legitimität der internationalen Beziehungen, zumindest teilweise, auf eine neue Grundlage gestellt. Souveränität, und in vielen Fällen auch das Streben nach politischer Stärke, blieben zwar weiterhin wesentliche Faktoren, die Förderung der persönlichen Wohlfahrt der Bürger wurde aber zunehmend auch ein Ziel außenpolitischer Bestrebungen. Dies zeigte sich zunächst in den UN-Organisationen, die nach 1945 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gegründet wurden und insbesondere wirtschaftliche und soziale Aufgaben übernahmen, wie: UN Conference on Trade and Development (UNCTAD); UN Children's Fund (UNICEF), UN High Commission for Refugees (UNHCR); UN Development Programme (UNDP), UN Environment Programme (UNEP), World Food Programme (WFP); UN Fund for Population Activities (UNFPA).

Während der letzten Jahre haben die Vereinten Nationen auf Großkonferenzen immer wieder Themen behandelt, die viele Menschen direkt berühren und eine Plattform für die entstehende "Transnational Civil Society" boten, wie folgende Beispiele zeigen:

Die wachsende Zahl von Non-Governmental Organisations (NGOs) steht im Einklang mit dieser Entwicklung: Gab es 1909 lediglich 176 NGOs, so war diese Zahl bis 1996 auf 5.500 gestiegen. Manche rechnen heute schon mit weit über 10.000 NGOs. Ihre Aktivitäten umfassen all jene Bereiche, wo man annimmt, dass eine internationale Zusammenarbeit eine Verbesserung der Lebensbedingungen erreichen könnte. Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International oder Human Rights Watch, Umweltschutzbewegungen wie der World Wildlife Fund und Greenpeace oder Frauenbewegungen sind gute Beispiele dafür, wie Themen auf nationaler und internationaler Ebene in gleicher Weise vertreten werden.

Gleichzeitig zeigen all diese Initiativen, dass ein wesentlicher Wandel hinsichtlich der Legitimität des außenpolitischen Handelns stattgefunden hat: Auch in der Außenpolitik steht nunmehr das Wohl der Bürger im Vordergrund. Dies gilt auch für die Akzeptanz von internationalen Gemeinschaften. So sehr etwa die formelle Beschlussfassung einzelner EU-Organe deren Politik bestimmt, ob die Einigung

Europas letztlich akzeptiert wird, hängt entscheidend davon ab, wie weit sich Europas Bürger davon eine Verbesserung ihrer Lebensqualität erwarten.

Auch die von den Vereinten Nationen und anderen internationalen Gremien immer wieder erstellten Rangordnungen nehmen auf die neuen Gegebenheiten Rücksicht: Gab es früher lediglich die Einteilung in Großmächte und Kleinstaaten, wobei diese Einteilung vor allem auf der militärischen Stärke beruhte, so wird heute der Stellenwert eines Landes auch nach der Lebensqualität, dem Schutz der Umwelt, der Ausgewogenheit zwischen arm und reich oder danach beurteilt, wie weit die Menschenrechte eingehalten werden. Der von den Vereinten Nationen jährlich erstellte Human Development Index ist dafür ein gutes Beispiel. Auch das internationale Engagement in diesen Bereichen bestimmt heute die Bedeutung eines Landes in der Welt. So haben sich Länder wie Kanada, Österreich oder Norwegen beim Aufbau des Human Security Network einen Namen gemacht.

1.2. Der besondere Stellenwert der Menschenrechte

Menschenrechte sind ein ganz wesentlicher Teil der neuen Außenpolitik, ausgerichtet auf die Sicherung der menschlichen Existenz. Sie stellen den Kontrapunkt zu jener Außenpolitik dar, die sich Jahrhunderte lang auf Macht und Kriege konzentrierte.

Menschenrechte umfassen eine ganze Reihe von Ansprüchen, die ein Mensch in einer modernen Gesellschaft in den verschiedensten Lebensbereichen hat, im täglichen Leben genauso wie im politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bereich. Die Ansprüche reichen von der sozialen Sicherheit bis zur Gesundheit, von der Ausbildung bis zur Wahl des Lebensgefährten.

So sehr die Menschenrechte schon von der Amerikanischen und der Französischen Revolution proklamiert wurden, waren es vor allem Konventionen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zu einer neuen internationalen rechtlichen Verankerung führten: 1945 wurde das internationale Militärtribunal von Nürnberg zur Aburteilung der Kriegsverbrecher errichtet; 1948 wurde die Konvention über die Verurteilung des Völkermordes beschlossen. Am 10. Dezember des selben Jahres wurde von den Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ verabschiedet; 1950 kam es zur „Europäischen Konvention der Menschenrechte“, die vom Europarat verabschiedet wurde.

1958 wurde von den Vereinten Nationen eine Resolution über das Selbstbestimmungsrecht der Völker verabschiedet, 1960 eine Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an die Kolonialvölker. 1961 wurde Amnesty International gegründet, 1966 wurden von den Vereinten Nationen die Pakte über zivile und politische sowie wirtschaftliche und soziale Rechte verabschiedet; zwei Jahre später wurden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit als nicht-verjährbar erklärt.

1973 erklärten die Vereinten Nationen die in Südafrika praktizierte Apartheid zum Verbrechen, das mit allen Mitteln bekämpft werden müsse. 1975 wurden die Schlussakte von Helsinki beschlossen, die im "Korb 3" einen umfassenden Menschenrechts-Katalog enthielten. Entscheidend war, dass die damaligen kommunistischen Regierungen des Ostblocks diese Schlussakte im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) mitbeschlossen. War das Ziel von kommunistischer Seite zunächst, durch diese Konferenz den territorialen Status quo in Europa zu bestätigen, so zeigte sich, dass von diesen Schlussakten auch eine neue Dynamik ausging: Menschenrechtsbewegungen in Osteuropa begannen, sich darauf zu berufen.

Ebenfalls im Rahmen der KSZE wurde 1989 in Wien eine Erklärung verabschiedet, in der insbesondere die religiösen Rechte sowie die kulturellen Rechte ethnischer Minderheiten hervorgehoben wurden. 1989 wurde eine Konvention über das „Recht des Kindes“ verabschiedet, im selben Jahr wurde im Rahmen der Konvention „Lomé IV“ die Einhaltung der Menschenrechte als Kriterium für die Gewährung von Entwicklungshilfe genannt.

1990 wurden in der Charta von Paris die Grundprinzipien für die neue Ordnung in Europa nach dem Zerfall des Kommunismus festgelegt. Dabei wurde gerade den Menschenrechten ein besonderer Stellenwert eingeräumt.

Eine zunehmende Rolle kam während der letzten Jahre der internationalen Überwachung von Wahlen zu, vor allem in Ländern, wo nach Jahren der Unterdrückung eine Chance für einen demokratischen Wandel bestand. So konnte

ein Team von Wahlbeobachtern mitwirken, die Wahlen von 1987 in Südkorea und von 1990 in Bulgarien zu legitimieren. Andererseits wurde aufgezeigt, dass in Panama unter Noriega und auf den Philippinen unter Präsident Marcos Wahlschwindel betrieben wurde, womit diese Wahlen die internationale Akzeptanz verloren.

Somit zeigt sich, dass die Menschenrechte seit dem Zweiten Weltkrieg zu einer enormen Kraft geworden sind, die bewegt und verändert: Das Recht auf Selbstbestimmung und die Verwirklichung der Menschenrechte spielte bei der Auflösung der Kolonialreiche genauso eine Rolle wie im Kampf gegen die Apartheid oder die totalitären kommunistischen Regime. Dabei wurden zwei weitere Wesensmerkmale sichtbar: Einerseits wurden die Menschenrechte auf immer weitere Bereiche ausgedehnt und vor allem eines: Die Menschenrechte blieben nicht mehr ausschließlich innere Angelegenheit eines Staates; die Existenzsicherung der Menschen wurde eine internationale Aufgabe.

1.3. Sicherheit durch Zusammenarbeit

Fragen der nationalen Sicherheit, der nationalen Ökonomie und andere Aufgaben von nationalem Interesse fielen durch Jahrhunderte in den ureigensten Aufgabenbereich eines jeden Staates. Heute stellt sich die Frage, ob angesichts der Globalisierung, der riesigen Waffenarsenale und der neuen internationalen Herausforderungen dies immer noch der Fall ist.

Lange Zeit wurde die Gleichung, dass nationale Unabhängigkeit gleichzeitig Friede und Wohlfahrt bedeutet, als gegeben angenommen. Das nationale Interesse galt dann als am besten gewährleistet, wenn der eigene Staat darüber befand. Im und durch den eigenen Staat galten auch die Interessen der Bürger als am besten geschützt. Der Staat leitete seine Legitimität gerade davon ab, dass er seinen Bürgern Schutz und Sicherheit bot, nach innen und nach außen.

Zweifellos kommt dem Nationalstaat auch heute noch eine Bedeutung zu, in Sicherheitsfragen genauso wie in anderen Bereichen. Mit den gewaltigen Veränderungen, die während der letzten Jahre im militärischen Bereich, in der

Hochtechnologie, in der Wirtschaft und in der Kommunikation stattgefunden haben, ist wohl die Frage berechtigt, welche Sicherheit für einen Staat, für einen Bürger, durch internationale Zusammenarbeit erreicht werden kann, ja ob nicht gerade darin in der Zukunft eine besondere Legitimität der internationalen Beziehungen begründet ist. Heute stellt sich die Frage, ob in einer Zeit der Globalisierung, wo sowohl die nationale Sicherheit als auch die menschliche Existenz von zahlreichen internationalen Faktoren abhängt, überhaupt noch von „nationaler“ Sicherheit gesprochen werden kann. Es ist ein Wesensmerkmal der Sicherheit in der Zeit der Globalisierung, dass ein Schutz vor Gefahren nur dort möglich ist, wo deren Abwehr auf internationale Zusammenarbeit begründet ist.

1.3.1. Von der nationalen zur regionalen Sicherheit im militärischen Bereich – NATO und GASP.

Was die militärische Sicherheit betrifft, so haben die einzelnen Staaten Europas, im Vergleich zu früheren Epochen, wesentliche Funktionen verloren. Dies insbesondere deshalb, weil bereits seit der Schaffung des Europarates im Jahre 1949 die europäische Sicherheit nicht mehr auf der militärischen Stärke der einzelnen Nationalstaaten beruht, sondern auf der Verwirklichung der gemeinsamen Werte von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrecht.

Der Einsatz von militärischer Macht zur Durchsetzung der eigenen Außenpolitik ist in Europa denkunmöglich geworden. Sollte ein Staat dennoch einen anderen militärisch bedrohen, so kann dies nicht mehr als eine europäische Vorgangsweise bezeichnet werden. Hier besteht also bereits eine große Diskrepanz zwischen der Theorie der „nationalen Souveränität“ und den tatsächlichen Gegebenheiten. Wesentlich ist auch, dass innerhalb der NATO, zu der die meisten europäischen Staaten gehören, seit ihrer Gründung im Jahre 1949 eine Friedenszone entstanden ist.

Sosehr also die Entscheidungen über die Sicherheit eines Landes weiter in nationalstaatlichen Gremien getroffen werden, so spricht doch sehr viel dafür, dass unter den nunmehrigen Gegebenheiten die Gewährleistung der Sicherheit selbst, am besten im regionalen Rahmen erfolgt. Dabei lautet die entscheidende Frage: In welchem Rahmen und unter welchen Gegebenheiten können die Werte und

Bedürfnisse einer Gemeinschaft am besten sichergestellt werden; die Gefahren von den Bürgern am besten abgewendet werden.

Da nun die Europäische Union in der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit große Fortschritte erzielt hat, liegt der Gedanke auf der Hand, auch die militärische Zusammenarbeit voranzutreiben. Das Streben nach einer eigenen „europäischen Verteidigungs-Identität“ wäre damit eine Ergänzung des seit dem 2. Weltkrieg vollzogenen Einigungsprozesses.

a) Traditionelle Bedrohungen

Nun gibt es Bedrohungen im traditionellen Sinne noch in den verschiedensten Teilen der Welt, von Zentralafrika bis Zentralasien; vom nahen Osten bis zum fernen Osten. Es gibt einen internationalen Terrorismus; die internationale Kriminalität; und in den verschiedensten Meeresbuchten treten immer wieder Piraten auf.

Osama bin Laden gibt es nicht mehr, seine Gefolgsleute in Afghanistan wurden weitgehend dezimiert; aber bereits 2007 haben Salafisten in Maghreb eine Al-Quaida Dependence gegründet. Dieser ist es 2013 sogar gelungen, weite Teile von Mali zu erobern.

In Indien fordern Maoisten die Staatsmacht immer wieder zum bewaffneten Kampf heraus. In Mexiko, Kolumbien und anderen Staaten Süd- und Mittelamerikas besetzen Narko-Trafikanten Teile der einzelnen Staatsgebiete; und in Ostasien gibt es alte und neue Spannungen von der koreanischen Halbinsel bis zu jenen Inselgruppen, in deren Gewässern man Ölvorkommen vermutet.

Dabei kann man feststellen, dass die Zahl der zwischenstaatlichen Konflikte seit der Mitte des 20. Jahrhunderts stark abgenommen hat; dass es in dieser Zeit zu keinem direkten Krieg zwischen den Großmächten gekommen ist. Gleichzeitig hatten viele Konflikte einen innerstaatlichen Ursprung: Vor allem dort, wo ein schwacher Staat die Grundbedürfnisse seiner Bürger nicht befriedigen konnte; wo ein Staat nicht in der Lage war, die „Moderne“ zu bewältigen; oder wo es zu Auseinandersetzungen zwischen einzelnen ethnischen Gruppen kam.

b) NATO-neu

Nach Beendigung des Kalten Krieges ging es darum, die Sicherheitsstrukturen, die seit dem 2. Weltkrieg aufgebaut wurden, neu zu ordnen. Der Warschauer Pakt hatte sich aufgelöst; die Sowjetunion war zerfallen; und es stellte sich die Frage, was mit der NATO, also mit jener Organisation geschehen sollte, die geschaffen wurde, um die Freiheit des Westens gegen den Kommunismus zu verteidigen.

Die North Atlantic Treaty Organisation wurde 1949 mit sehr klaren Zielen ins Leben gerufen, nämlich „to keep the Russians out; to keep the Americans in; and to keep the Germans down“. Alle 3 Ziele sind erreicht worden.

Als 1999 Berichte publiziert wurden, wonach den Albanern im Kosovo von Serbien nicht nur ihre autonomen Rechte genommen wurde, sondern dass auch ein Völkermord geplant war, erklärte die NATO einen Krieg gegen Serbien. 79 Tage lang wurden 30.000 Einsätze geflogen und der serbische Präsident Slobodan Milosevic wurde zur Kapitulation gezwungen. Eine 50.000 Soldaten umfassende internationale Friedenstruppe, faktisch eine NATO-Streitmacht, wurde mit der Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung im KOSOVO betraut.

Als die USA nach den Terror-Anschlägen vom 11.9.2001 Afghanistan angriffen, banden sie nicht automatisch die NATO-Partner in das Unternehmen ein, sondern sprachen vielmehr von „shifting coalition“. Danach sollten einzelnen Staaten, je nach ihren Fähigkeiten, zu bestimmten Operationen herangezogen werden, und dies nach dem Motto „The mission will define the coalition“.

Für die NATO ging es darum, sich nach dem erfolgreichen Abschluss des Kalten Krieges neu zu definieren, wobei natürlich entscheidend war, welche Interessen die Vereinigten Staaten verfolgten. Mit der Aufnahme nicht nur früherer kommunistischer Länder, sondern sogar früherer Sowjetrepubliken in die Allianz, wurde die NATO das mächtigste Militärbündnis, das es in der Geschichte je gegeben hat. Dabei blieb die

Frage offen, auf welche Ziele die künftigen Einsätze der NATO in Zukunft ausgerichtet sein sollten.

So unklar die neue Aufgabenstellung der NATO nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zunächst war, alleine in dem Jahrzehnt vor 2004 leisteten 400 000 Soldaten im Rahmen der NATO Dienst auf dem Balkan. Die „International Security Assistance Force“ (ISAF) der NATO sollte die afghanische „Übergangsregierung“ unterstützen und mithelfen, tragfähige Sicherheitsstrukturen aufzubauen. Im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ sollten Länder wie Österreich, Finnland und Schweden, die dem Bündnis nicht angehörten, in den Transformationsprozess eingebunden werden.

Sobald die Amerikaner zunächst Wert darauf legten, Ziele und Inhalte ihrer militärischen Einsätze alleine zu bestimmen, so verlangten sie sehr bald eine stärkere Beteiligung der NATO in Afghanistan und im Irak. Sie forderten, dass die europäischen Verbündeten ihre Verteidigungsausgaben erhöhten und dass sich die NATO im „Krieg gegen den Terror“ voll engagierte. Für die USA stellte die NATO, wie R. Nicholas Burns einmal feststellte, sowohl das entsprechende politische Forum für den transatlantischen Dialog dar, als auch die strategische Grundlage für Freiheit, Frieden und Sicherheit in der Welt.

c) Welche Rolle für die GASP?

Nicht geklärt wurde dabei die Frage, welche Rolle die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU neben oder im Rahmen einer transatlantischen Allianz spielen sollte, die nunmehr, weit über die Verteidigung Europas hinaus, Aufgaben zum Schutz der Menschenrechte, zur Sicherung der Energie, gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie beim Wiederaufbau „gescheiterter Staaten“ übernommen hat.

Dazu kommt, dass die GASP eine Konstruktion zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist. Da militärische Fragen nach wie vor in der ausschließlichen Kompetenz der EU-Mitgliedstaaten bleiben, ist eine Europa-Armee bestenfalls Wunschvorstellung für die Einen, etwa die Franzosen, eine überflüssige Doppelgleisigkeit für die Anderen. Die

Alleingänge der großen EU-Mitglieder, wie jener Großbritanniens im Irak oder jener der Franzosen in Afrika, zeigen, dass es innerhalb der EU unterschiedliche Meinungen sowohl über den Aufbau der Sicherheitsstrukturen, wie auch über das Verhältnis zur NATO gibt. Dessen ungeachtet, haben die verschiedenen EU-Missionen, an denen sich auch Österreich immer wieder beteiligt, wertvolle Beiträge zur Stabilität und Sicherheit in Krisenregionen geleistet.

1.3.2. Zusammenarbeit bei der Existenz-Sicherung

Sosehr die machtpolitischen Aspekte immer ein ganz entscheidender Teil der Außenpolitik waren und für manche Länder und Regionen noch sind, so gibt es heute und in Zukunft eine Reihe von Gefahren, die die Sicherheit der Menschen bedrohen, und denen man nicht militärisch, sondern nur durch politische Zusammenarbeit begegnen kann. Dazu gehören Umweltprobleme genauso wie die Energie und die Wasserversorgung; die Stabilisierung der Finanzmärkte und die Förderung der Wirtschaft; die Ernährung der Menschen, also die Sicherung der Lebensverhältnisse in der modernen Industriegesellschaft. An den weltweiten Problemen von Armut, Hunger und Aids soll aufgezeigt werden, wie groß die Herausforderungen in diesen Bereichen immer noch sind, wie es aber auch möglich ist, durch internationale Zusammenarbeit Fortschritte zu erzielen.

a) Armut

Die Weltbank hat ein einfaches Kriterium dafür aufgestellt, wer in der Welt als absolut arm angesehen werden muss: Wer weniger als einen US-Dollar am Tag zur Verfügung hat (nach der Kaufkraftparität des Jahres 1993). Das sind 1,2 Milliarden Menschen, ein Fünftel der gesamten Menschheit bzw. jeder vierte in den Entwicklungsländern. 2,8 Milliarden Menschen müssen mit zwei Dollars am Tag auskommen.

Weitere Zahlen ergänzen das Bild der Armut: 70 Prozent der Betroffenen sind Frauen; zwei Millionen Kinder sterben jährlich an Krankheiten, die mit etwas Geld leicht verhindert werden könnten; 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser; 120 Millionen sind arbeitslos; 80 Millionen Kinder

haben keine Volksschulerziehung und der Schuldenstand der Entwicklungsländer betrug 1995 bereits 1,9 Billionen US-Dollar (also etwa ein Viertel des BIP der USA).

Alle diese Zahlen sind ein Ausdruck menschlicher Schicksale, wobei es um viel mehr als um Geld geht: Es geht um Männer und Frauen die hungern, um Kinder, die nie die Möglichkeit haben, lesen und schreiben zu lernen oder um Kranke, die keine entsprechende Pflege haben. Es geht also nicht nur darum, dass Menschen die notwendige wirtschaftliche Grundlage für ihr Leben fehlt, es mangelt oft auch am sozialen, kulturellen und politischen Umfeld.

Dabei gibt es große regionale Unterschiede: Die meisten Armen leben in Asien; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber in Afrika am höchsten, wo er in manchen Ländern südlich der Sahara 80 Prozent erreicht.

b) Hunger

Die Welternährungsorganisation (FAO) sprach in ihrem „Sixth World Food Survey“, herausgegeben 1996, davon, dass es in den Entwicklungsländern 800 Millionen Menschen gibt, die nicht genug zum Essen haben. Vor einer Generation waren es noch 900 Millionen, obwohl damals weniger Menschen auf der Erde lebten.

Die größten Fortschritte wurden in China und Südostasien erzielt, wo der Prozentsatz der Hungernden von 41 Prozent auf 16 Prozent der Gesamtbevölkerung fiel, also von 476 Millionen auf 269 Millionen. In Südasien, Lateinamerika und in der Karibik stieg die Zahl der Hungernden leicht, während es in Afrika sogar zu einem dramatischen Anstieg kam, nämlich von 103 Millionen auf 215 Millionen.

Die Situation ist also nach wie vor dramatisch. Nach manchen Berechnungen sterben heute in 64 Ländern täglich 40.000 Menschen an Hunger oder dessen Folgen, also in zwei Jahren mehr als durch die beiden Weltkriege.

Nun gibt es einen Streit darüber, ob und wie weit ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Bevölkerung und einer dadurch ausgelösten

Hungerkatastrophe besteht, seit Thomas Robert Malthus 1798 sein „Essay on the Principle of Population“ veröffentlichte. Darin stellte er einen Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum und der zur Verfügung stehenden Menge an Nahrungsmitteln her. Demnach zeigt das Bevölkerungswachstum die natürliche Tendenz, stärker zu steigen als die Erzeugung von Nahrungsmitteln. Damit entfallen auf jeden einzelnen immer geringere Mengen an Nahrungsmitteln, bis es zu Mangelsituationen, ja Hungerkatastrophen kommt. Dies wiederum, so Malthus, führt zu einer Verringerung der Bevölkerungszahl, die dann eben so weit geht, bis ein jeder wieder genug zu essen bekommt. Nach dieser Theorie wird die Bevölkerungsexplosion als ein wesentlicher Grund für Hunger in der Welt angesehen, „natürliche Grenzen“ des Bevölkerungswachstums werden anerkannt.

Tatsächlich kam es während der letzten Jahrzehnte weltweit zu einer dramatischen Bevölkerungsexplosion: 1825 lebten auf der Welt eine Milliarde Menschen. Diese Zahl verdoppelte sich während der folgenden hundert Jahre. Von 1925 bis 1976 kam es zu einer weiteren Verdoppelung auf vier Milliarden. Um das Jahr 2000 wurde die Sechs-Milliarden-Marke erreicht. Bis 2025 könnte die Weltbevölkerung acht Milliarden ausmachen, 2050 dann zehn Milliarden. Wenn es zu keiner Verlangsamung des Bevölkerungswachstums kommt, könnten in hundert Jahren bis zu 23 Milliarden Menschen die Erde bevölkern.

Von 1950 bis 1955 stieg die Weltbevölkerung jährlich um 47 Millionen, von 1985 bis 1990 um 88 Millionen, also um das 11-fache der Einwohnerzahl Österreichs. Nur: Dieses Wachstum war äußerst ungleich verteilt: 1950 machte die Bevölkerung Afrikas die Hälfte von der Europas aus, 1985 kam es zu einem Gleichstand bei 480 Millionen Menschen und bis 2025 könnte die Bevölkerungszahl Afrikas dreimal so groß sein wie jene Europas, 1,58 Milliarden gegenüber 512 Millionen.

c) AIDS

AIDS hat sich in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wie eine Flut ausgeweitet. Es ist bisher auch nicht gelungen, diese Flut einzudämmen. 1988 wurde die Zahl der AIDS-Fälle in Afrika auf 100.000 geschätzt. Aber man glaubt,

dass schon damals 20-mal mehr Menschen mit dem HIV-Virus, der AIDS verursacht, angesteckt waren.

Ende 2002 waren weltweit bereits 42 Millionen Menschen mit dem AIDS-Virus angesteckt, davon 29,4 Millionen im südlichen Afrika, sechs Millionen in Südasiens. 1,2 Millionen in Ostasien und im Pazifischen Raum und ebenso viele in Osteuropa und Zentralasien. Für Nordamerika beträgt die Zahl 980.000, für Südamerika 1,5 Millionen, für die Karibik 440.000 und für Westeuropa 570.000. 3,1 Millionen Menschen sind im Jahr 2002 an AIDS gestorben, um 100.000 mehr als im Jahr zuvor. In beiden Jahren wurden je fünf Millionen Menschen mit dem HIV-Virus neu infiziert, wobei Frauen besonders stark betroffen sind.

Während die Epidemie in Afrika südlich der Sahara bereits katastrophale Ausmaße angenommen hat, droht nunmehr die Gefahr einer unkontrollierten Ausbreitung in Russland, Indien und China.

In Botswana und Zimbabwe sind bereits ein Viertel der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 49 Jahren mit HIV bzw. AIDS angesteckt; in Namibia und Sambia 20 Prozent; in Kenia 12 Prozent; in Malawi und Mosambik 15 Prozent und in Südafrika 13 Prozent. Damit hat AIDS entscheidende Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung: So wird die Lebenserwartung durch diese Krankheit in Botswana von 70 Jahren auf 41 Jahren reduziert, in Mosambik von 53 auf 38 Jahren und in Zimbabwe von 66 auf 41 Jahren.

Die große Gefahr für die Zukunft liegt nun darin, dass offensichtlich die Ausbreitung der Epidemie gerade in den bevölkerungsreichsten Ländern bevorsteht: Bereits 4 Millionen Inder lebten 2002 mit dem Virus, während zum selben Zeitpunkt schon eine Million Chinesen angesteckt waren. Für China wird allerdings bereits die Zahl von zehn Millionen Fällen für das Ende des laufenden Jahrzehnts vorausgesagt, wobei wegen der starken Migration von Gastarbeitern einzelne Provinzen besonders stark betroffen sind. In Russland und den Republiken der früheren Sowjetunion – wo 2002 immerhin 250.000 neue Infektionen festgestellt wurden – sind vor allem junge Menschen stark betroffen, oft im Zusammenhang mit Drogenkonsum.

Gerade der Bereich der Gesundheit hat gezeigt, dass durch internationale Zusammenarbeit Erfolge erzielt werden können: Masern, Pocken und Kinderlähmung konnten weitgehend ausgerottet werden. Mit AIDS ist der internationalen Gemeinschaft eine neue, gewaltige Aufgabe erwachsen.

2. Von der Macht durch Gewalt zur Macht der Mutigen

Genauso wie der Begriff der Sicherheit in den internationalen Beziehungen mit neuen Inhalten erfüllt wurde, so hat sich auch das Wesen der Macht grundsätzlich geändert. Verstand man unter Macht Jahrhunderte hindurch vor allem militärische Macht, und konnte der Herrscher, der diese ausübte, seine Machtansprüche im „Gottes Gnadentum“ begründen, so erwartet man heute von den Herrschenden eine demokratische Legitimation und eine Machtausübung zum Wohle der Bürger.

Das heißt nicht, dass dies bereits weltweit der Fall ist. Aber: selbst Autokraten verwenden in ihrem Herrschaftsbereich immer wieder den Begriff „Demokratie“, offensichtlich, um sich als Demokraten auszuweisen. Und jene, die glauben, bei der Ausübung ihrer Herrschaft über das Wohl des Volkes hinwegsehen zu können, können sehr leicht das Schicksal jener arabischen Machthaber erfahren, die vom „arabischen Frühling“ hinweggefegt wurden.

Im August 2009 erschien ein „Human Development Report“ der Vereinten Nationen über die arabischen Länder, der eines klar aufzeigte: Die Rückständigkeit der ganzen Region; dass die arabischen Länder es nicht schafften, die Wohlfahrt ihrer Bürger zu fördern, bzw. zur Moderne aufzuschließen.

Man zeigte auf, wie jung die Bevölkerung war - 60% unter 25 Jahren – aber von einer gesellschaftlichen Dynamik war keine Rede: Die ganze Region stagnierte; große Teile der Bevölkerung klagten über Armut; mangelnde Aufstiegschancen und Repression. Die herrschenden Systeme waren nicht in der Lage, die existenzielle Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten. Diese Bürger wussten sehr wohl, wie sich andere Teile der Welt im 21. Jahrhundert entwickelten und welche Chancen die Jugend in anderen Gegenden hatte.

Viele Bürger, so der Bericht, betrachteten ihren Staat und ihre Regierungen eher als Bedrohung, und nicht als Hilfe. Diese Kritik kam von allen Schichten der Bevölkerung: Klagten die eine über die mangelnde Gesundheitsvorsorge und die schlechte Qualität des Trinkwassers, so kritisierten die Intellektuellen die mangelnde geistige Freiheit.

Hier soll nun aufgezeigt werden, wodurch sich die Macht im traditionellen Sinn ausgezeichnet hat; was die „Macht der Mutigen“ bewirkt hat und wie es zu diesem Wandel kam.

2.1. Was ist Macht im traditionellen Sinn

Wenn das Streben nach Macht als das wesentliche Ziel im Bereich der internationalen Beziehungen angesehen wird, dann liegt es auf der Hand, dass insbesondere jene Staaten dieses Ziel erreichen können, die selbst über entsprechende Machtmittel verfügen.

So schrieb schon Wolfgang Windelband in seinem Werk „Die auswärtige Politik der Großmächte“, dass die Selbständigkeit der Staaten und als deren natürliche Folge der Kampf zwischen ihnen die Grundlage darstellt, auf der das europäische Staatensystem entstand. Er zitiert Montesquieu, wonach der Geist der auswärtigen Politik von Krieg und dem Streben nach Gebietsgewinn geprägt wird. Wenn aber das internationale Geschehen vom ständigen Bestreben nach der eigenen Vorherrschaft bzw. dadurch bestimmt wird, jene eines anderen Staates abzuwehren, dann setzt dies entsprechende Kräfte, insbesondere militärische, voraus.

Auch in „The World Book Encyclopedia“ werden die Grundlagen der internationalen Beziehungen mit „Macht“ in Verbindung gesetzt. Dabei werden die Grundelemente von Macht in den Bodenschätzen eines Landes, in seiner strategischen Lage, im Grad der Industrialisierung, im Ausbau der Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten und in der Größe seiner Bevölkerung gesehen. Ebenfalls als Komponente der „Macht“ eines Staates werden der Bildungsstand und das Staatsbewusstsein der Bürger angesehen, der Stand von Wissenschaft und

Forschung, die Innovationsfähigkeit insgesamt sowie die Fähigkeit der Regierung. Als wichtigste Komponente der Macht gilt dabei, insbesondere in kriegerischen Zeiten, die militärische Stärke.

„Macht“ kann dabei nach der Definition von Max Weber als jene Chance angesehen werden, „innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht“.

Ausführlich hat sich Hans J. Morgenthau mit den grundlegenden Elementen der Macht einer Nation auseinander gesetzt, wobei er diese in solche einteilte, die relativ stabil sind, und in andere, die einem ständigen Wandel unterliegen. Zu den stabilen Machtfaktoren zählt er die Geographie und die Ausdehnung eines Landes, wobei er hervorhebt, dass angesichts einer nuklearen Bedrohung die Größe eines Landes noch an Bedeutung gewonnen hat. Als ebenfalls weitgehend stabile Faktoren erachtet er die Rohstoffe, die ein Land hervorbringt. Dabei wird der Selbstversorgung bei der Ernährung und den für die Rüstungsindustrie notwendigen Bodenschätzen ein besonderer Stellenwert eingeräumt. Clemenceau wird mit seinem Ausspruch zitiert, den er während des Ersten Weltkrieges machte, wonach „ein Tropfen Öl einen Tropfen Blut eines Soldaten wert ist“. Dieser Satz hat wohl auch heute noch viel Gültigkeit.

Angesichts des großen Einflusses, den Technik und Technologie auf die moderne Kriegsführung ausüben, stellt auch der Grad der Industrialisierung einer Nation eine wesentliche Grundlage ihrer politischen Macht dar. Vielfach wurde sogar der Rang, den ein Land als Industrienation einnahm, gleichgesetzt mit seinem Rang auf der Liste der Weltmächte. Tatsächlich sagen der Stand der Industrialisierung und die Möglichkeiten, diesen auszubauen, sehr viel aus über die Möglichkeit, die militärische Rüstung auf- und auszubauen, wie zahlreiche Beispiele zeigen. Ein Faktor der militärischen Stärke sind neben den materiellen Gütern natürlich auch die Einsatzbereitschaft und die Kampfbereitschaft der Truppen sowie die Qualität der politischen und militärischen Führung.

Was den Zusammenhang zwischen dem Stand der Rüstung und militärischen Erfolgen betrifft, so hat Paul Kennedy dies in seinem Werk „The Rise

and Fall of Great Powers“ immer wieder aufgezeigt. So konnte Deutschland 1944 zwar immer noch 17.800 Panzer produzieren, Russland aber gleichzeitig 29.000, Großbritannien 5.000 und die USA ebenfalls 17.500 (nach einem Produktionsstand von 29.500 im Jahr davor). Noch deutlicher war das Übergewicht der Alliierten im Zweiten Weltkrieg bei der Herstellung von Flugzeugen: So konnten die Vereinigten Staaten, die UdSSR, Großbritannien und das britische Commonwealth 1944 die beeindruckende Zahl von 168.000 Flugzeugen erzeugen, die Achsen-Mächte Deutschland und Japan hingegen zusammen nur 68.000.

Insgesamt erzeugten die Alliierten 1943 Rüstungsgüter im Wert von 62,5 Milliarden Dollar, die Achsen-Mächte hingegen im Wert von 18,3 Milliarden Dollar. Dieses totale Übergewicht der Alliierten kam nicht zuletzt deshalb zustande, weil die USA allein zwischen 1941 und 1943 ihre Rüstungsproduktion um das achtfache erhöhen konnte. Das gesamte Nationalprodukt der Alliierten und damit ihre potentielle Kampfkraft war dreimal so hoch wie jenes der Achsen-Mächte, womit der Zweite Weltkrieg wohl schon entschieden war, bevor er begonnen hatte. Gerade dieses Beispiel zeigt aber auch, wie wichtig eine gute politische Führung bzw. eine professionelle Diplomatie für die internationale Stellung eines Landes sind.

Wenn man weiß, dass das Bruttonationalprodukt der Mittelmächte (Deutsches Reich und Österreich-Ungarn) 1914 15 Milliarden Dollar betrug, das der Entente (Großbritannien, Frankreich, Russland) hingegen 24 Milliarden Dollar, (das der USA sogar 37 Milliarden Dollar), dann ist wohl die Frage berechtigt, wie es um die Qualität einer Regierung bestellt ist, die bei diesem ungleichen Kräfteverhältnis gegen einen weit überlegenen Gegner in den Krieg zieht (das Industriepotential der Mittelmächte stand zu dem der Entente-Staaten im Verhältnis von 18 zu 26).

Ob die damaligen deutschen Politiker Opfer ihrer eigenen Rhetorik wurden, wenn sie großspurig erklärten, am deutschen Wesen werde die Welt genesen, oder ob sie die tatsächlichen Gegebenheiten einfach zu wenig kannten, sei dahingestellt. Vieles deutet darauf, dass sich die Exponenten des Deutschen Reiches um 1900 noch aggressiver und furchterregender in ihren Sonntagsreden äußerten, als dies den tatsächlichen Gegebenheiten entsprach. Somit war die Frage berechtigt, die der Hamburger Großkaufmann R.E. May 1897 in seiner Schrift „Die Kanone als Industriehebel“ an die deutschen Machtpolitiker seiner Zeit richtete: „Wie kann man

sich nur anderen Völkern so als Bestie darstellen? Werden sie sich nicht eines Tages zusammentun, um die Bestie tot zu schlagen?“

Wie wichtig die Größe der Bevölkerung bzw. die entsprechenden Wachstumsraten als Machtgrundlage und für das Machtdenken einer Nation sein können, stellt Morgenthau anhand der Entwicklung vor dem Ersten Weltkrieg dar: Deutschland konnte beobachten, wie die Bevölkerungszahl Russlands stark anstieg, was bedeutete, dass machtpolitisch die Zeit für Russland arbeitete. Gegenüber Frankreich allerdings, wo die Bevölkerungszahl eher stagnierte, konnte das Deutsche Reich einen starken Zuwachs verzeichnen. Somit hatte Frankreich Angst, die Zeit würde für Deutschland und für die Stärkung des Deutschen Reiches arbeiten. Morgenthau sieht darin - verbunden mit der Furcht, die jeweils andere Seite könnte einen Angriff starten – einen wesentlichen Grund dafür, dass entscheidende Kräfte sowohl bei den Mittelmächten als auch bei der Entente eher früher als später auf eine „generelle Abrechnung“ drängten.

Wenn Morgenthau auch den „Nationalcharakter“ zu den Wesenselementen der Macht eines Staates zählte, so könnte dies im Zeitalter der „political correctness“ auf Vorbehalte stoßen. Aber sein Argument, dass Kant und Hegel eben typische Vertreter der deutschen Philosophie, Descartes und Voltaire hingegen als solche des französischen Geistes angesehen werden, während Locke und Burke eher für das politische Denken in Großbritannien stehen, ist wohl schwer zu widerlegen.

2.2 „Groß“ ist, wer erobert

Im Sinne des seit dem Westfälischen Frieden herrschenden Leitmotivs der Staatsräson ging als „Groß“ in die Geschichte ein, wer als „Mehrer des Reiches“ auftrat wie Peter oder Katharina in Russland, Friedrich in Preußen oder Napoleon. Massenheer, das Sterben für das Vaterland, der Tod am „Feld der Ehre“, entsprachen voll dieser Denkweise. Als der französische Nationalkonvent 1793 die „Levée en masse“ ausrief, galt es als Bürgerpflicht, das von allen Nachbarstaaten bedrohte Vaterland zu verteidigen.

Als „Groß“ in der Geschichte galt und gilt, wer Länder eroberte und seine Feinde besiegte. Diese Denkweise passte ganz und gar in die von den souveränen Staaten entwickelten internationalen Beziehungen und wurde auch dann nicht geändert, als sich innerstaatlich demokratische Elemente durchsetzten. Die Außenpolitik blieb die längste Zeit sehr stark einer monarchischen Tradition verpflichtet.

Wer waren die großen Vorbilder in der Geschichte? Alexander der Grosse, dem es gelang, mit einem gut organisierten Heer von 30.000 Soldaten und 5.000 Reitern das Perserreich zu zerstören und bis nach Indien vorzudringen. Es war der Sieg des Westens über den Osten. Julius Cäsar, von dem Generationen von Gymnasiasten lernen mussten, wie er in übermenschlichen Eilmärschen und brillanten Schlachten ganz Gallien für das Römische Reich eroberte. Es war der Sieg der Zivilisation über die Barbaren. Karl der Grosse war, als er 814 starb, Herr über jenes Reich, das später mit Frankreich, Deutschland und Italien den Kern Europas bilden sollten. Er hat in blutigen Schlachten die Bajuwaren, Sachsen und Langobarden besiegt. Es war der Sieg des Christentums über die Heiden.

Ab der Zeit, in der die internationalen Beziehungen von der Staatsräson geprägt wurden, passte es zur Darstellung von Herrscherpersönlichkeiten, sie danach zu beurteilen, was sie zur Begründung oder Vergrößerung der Macht ihres Staates beigetragen haben. In diesem Sinne erhielt Peter I. (gest. 1725) von Russland den Beinamen „der Grosse“, weil er im Norden Europas die Vormacht der Schweden brach (Schlacht von Poltawa 1709), Russland bis an die Ostsee ausdehnte und für sein Land die Voraussetzungen für die spätere Großmachtstellung in Europa schuf.

Auch Friedrich II. dem Grossen (gest. 1786) gelang es, durch Kriege gegen Österreich mit dem Erwerb von Schlesien und durch die polnischen Teilungen das Territorium Preußens während seiner Regierungszeit zu verdreifachen. Wie sehr auch für ihn die Bedeutung des Staates über alles ging, hat er in seinem politischen Testament schon 1752 dargelegt, wo es heißt: „Mein gegenwärtiges System ist, den Frieden zu fristen solange, als es nur irgend ohne Verletzung der Majestät des Staates geschehen kann“. Mit dieser Haltung gewann Friedrich II. nicht nur den

Siebenjährigen Krieg „um Preußens Sein oder Nichtsein“, er etablierte sein Land endgültig als europäische Großmacht.

Eine Zeitgenossin von Friedrich II. war Katharina II. die Grosse (gest. 1796), die aus dem deutschen Geschlecht Anhalt-Zerbst stammende Zarin. Als ihr Gatte Peter III. im Zuge eines Staatsstreichs abgesetzt und ermordet wurde, übernahm sie die Macht, „um den orthodoxen Glauben“ und den Ruhm Russlands zu verteidigen. Das tat sie auch. Zu Lasten Polens erreichte Russland Gebietsgewinne im Westen und nach Siegen gegen die Türken, die sowohl zu Lande als auch zu See schwere Niederlagen hinnehmen mussten. Russland wurde bis zum Schwarzen Meer, den Kaukasus und Alaska ausgedehnt. Das Schutzrecht über die orthodoxen Christen im Osmanischen Reich gewährte außerdem ein ständiges Interventionsrecht in der Türkei.

Diese „großen“ Herrscher hatten eines gemeinsam: So aufgeklärt sie in ihrem persönlichen Denken vielfach waren – die Reisen Peters in den Westen sind genauso berühmt wie die Korrespondenz Friedrichs und Katharinas mit französischen Philosophen – in ihrem politischen Handeln gingen sie rücksichtslos gegen die eigenen Untertanen vor, wenn es galt, die eigene und die Macht des Staates zu stärken. So aufgeklärt diese Herrscher manchmal auftraten, äußerste Rücksichtslosigkeit beherrschte ihr Handeln, wenn es um „den Ruhm des eigenen Landes“ ging. Ohne hier weiter auf historische Leistungen bzw. persönliche Verhaltensweisen dieser Herrscher einzugehen, soll doch zweierlei festgehalten werden: Zunächst, dass „Größe“ in der Geschichte traditionell mit militärischen Erfolgen und damit verbunden war, die eigene Macht ausgebaut zu haben, ohne Rücksicht auf Verluste. Auch heute ist dieses Denken von „Größe“, tief eingeprägt in unser Bewusstsein, mit „historischen Leistungen“ verbunden. Staatsräson und Realpolitik haben eben zu lange und fast ausschließlich außenpolitisches und historisches Denken geprägt.

Nunmehr hat sich jedoch auch ein anderes Denken entwickelt, jenes, das Verstöße gegen Menschenrechte und Menschlichkeit aufs schärfste verurteilt. Politiker und Soldaten, die nur einen Bruchteil jener Verletzungen von Menschenrechten und Menschenwürde begangen haben, wie sie unsere „Großen“

der Geschichte verübt, werden des Machtmissbrauchs und der Verletzung grundlegender Rechte bezichtigt. Ihre Anklage und Aburteilung wird verlangt, manchmal auch durchgesetzt.

Hier zeigt sich, wie sehr unsere „geteilte Welt“ auch in diesem Bereich das Bewusstsein spaltet: Verherrlichung von Größe und Macht prägen unser Denken immer noch, unbeschadet davon, wie viel menschliches Leid mit diesen historischen Großtaten verbunden war. Gleichzeitig ist aber ein neues Wertebewusstsein in unsere Köpfe eingedrungen, das von der Achtung der Menschenwürde geprägt ist.

2.3. Die Macht der Mutigen

Analysiert man das internationale Geschehen der letzten Jahre, so kann man feststellen, dass die großen Veränderungen bei weitem nicht immer durch jene herbeigeführt wurden, die über das größte Waffenpotenzial verfügten. Im Gegenteil, die Super-Macht Sowjetunion, die über Millionen von Soldaten, über 60.000 Panzer, Atom-Sprengköpfe und Langstreckenraketen verfügte ist in sich zusammengebrochen. Hingegen hat das mutige Engagement einzelner zu grundlegenden Umwälzungen geführt. Schon während des Kalten Krieges zeigte sich in Europa, dass die Sowjetunion mit einzelnen der von ihr besetzten Länder, in denen es immer wieder zu Aufständen kam, größte Probleme hatte, während mit Österreich, wo keine Sowjettruppen stationiert waren, gute Beziehungen bestanden.

Gerade das zwanzigste Jahrhundert ist reich an Beispielen, die zeigen, dass das gewaltlose Eintreten gegen Unterdrückung erfolgreich war, während selbst Weltreiche und gewaltige Militärmächte einen totalen Zusammenbruch erlebten.

In diesem Sinne hat schon Mahatma Gandhi geschrieben: „Es würde in der Welt keine Diktaturen geben, wenn einige Millionen Menschen bereit wären in ein und derselben Stunde dasselbe zu tun, nicht weil ein Diktator es befiehlt, sondern weil sie von demselben Ideal und Zielbewusstsein durchdrungen sind.“ Damit erkannte er, dass heute bei einem Machtkampf, der vor der Weltöffentlichkeit ausgetragen wird, andere Regeln gelten als früher. So sehr die Unterdrückung von Schwächeren Teil eines Systems sein mag, Unterdrückung über ein bestimmtes Maß hinaus muss in einer Zeit, in der sehr viel von Menschenrechten gesprochen wird, auf Widerstand und Ablehnung stoßen. Dabei spielen zweifellos die Massenmedien

eine große Rolle, auch wenn sie bei der Berichterstattung über gegebene Missstände eher willkürlich vorgehen. Letztlich ist es aber so, dass die Ausübung von Gewalt und die Unterdrückung von Schwächeren im Rahmen der internationalen Staatengemeinschaft nicht mehr so gehandhabt werden können wie in jenen Zeiten, in denen es die Begriffe „Demokratie“ und „Menschenrechte“ kaum gab und Übergriffe nicht im Fernsehen übertragen wurden.

Mahatma Gandhi, die Bürgerrechtsbewegung in den Vereinigten Staaten, die Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Polen, Nelson Mandela und Aung Sann Suu Kyi in Myanmar sind Beispiel dafür, was gewaltloser Widerstand erreichen kann, ja wie ganze Systeme verändert werden können.

Den Indern etwa war es in der englischen Kolonialzeit verboten, an ihren eigenen Meeresstränden Salz zu verarbeiten. Sie mussten es hochversteuert einkaufen, den Gewinn kassierten die Kolonialherren. Gandhi klagte gegenüber dem britischen Vize-König diese und andere Ungerechtigkeiten an und beschloss, das Salzgesetz zu brechen. Im März 1930 machte sich der 61-jährige Mahatma auf den Weg und erreichte in 24 Tagesmärschen einen Salzstrand. Tausende folgten ihm. Die Polizei war machtlos als Gandhi ans Wasser ging und Salz nahm, das die Briten gelagert hatten. Seine Bewegung erhielt durch diesen mutigen Schritt jene Kraft, die letztlich Indien befreite.

Ein analoges Beispiel ist der Bus-Boykott durch die schwarze Bevölkerung in Montgomery im Jahre 1955. Damals hatte sich die 42-jährige schwarze Näherin Rosa Parks im US-Bundesstaat Alabama geweigert, ihren Sitzplatz im Bus einem weißen Fahrgast abzugeben. Der Fahrer rief die Polizei und sie wurde verhaftet. Unter dem Vorsitz von Martin Luther King wurde ein Bürgerausschuss gegründet, der sich um Rosa Parks annahm. Als dann die Busunternehmer nicht einmal die Forderung annahmen, dass afroamerikanische Fahrgäste in jener Reihenfolge einsteigen und sitzen können, in der sie kommen, (wobei sich die Betroffenen ohnehin mit den hinteren Reihen begnügt hätten), kam es zum Boykott der Busse durch die schwarze Bevölkerung. Einige wurden wegen Nichteinhaltung der Rassentrennung verhaftet. Die Meldungen darüber gingen allerdings durch die ganze Welt, was den Verhafteten neue Sympathien einbrachte. Schließlich hob der oberste Gerichtshof die Entscheidung des Gerichts von Montgomery auf und Martin Luther King konnte, unter dem Schutz der Weltöffentlichkeit, seinen gewaltfreien Kampf fortsetzen.

Ein gutes Beispiel dafür, was eine gewaltfreie Bewegung erreichen kann, ist auch die Solidarnosc-Bewegung, die 1980 in Polen gegründet wurde. Als Anna Walentynowicz für die Gründung einer freien Gewerkschaft aktiv wurde, wurde sie im August 1980 von der Direktion der Danziger Werft gekündigt. Schon vier Jahre vorher ereilte Lech Walesa, wegen desselben Verhaltens, das gleiche Schicksal. Nunmehr wurde er der Wortführer einer Streik-Bewegung, die freie Gewerkschaften, das Streikrecht, Redefreiheit, sowie die Entlassung aller politischen Häftlinge verlangte. Gottesdienste in der Danziger Werft stärkten das Bündnis zwischen Volk und Kirche. Nach einer Woche streikten in Polen 500.000 Menschen. Tausende Rundfunk- und Fernsehgesellschaften übertrugen das Geschehen in die ganze Welt. Nach zwei Wochen Streik und zähen Verhandlungen kam es Ende August 1980 zu einer Einigung zwischen den Arbeitern und der polnischen Regierung. Damit hat jene Entwicklung begonnen, die letztlich entscheidend zum Zusammenbruch des gesamten „Ost-Blocks“ geführt hat.

Eine Einzelkämpferin, die große internationale Anerkennung gefunden hat, ist auch Aung San Suu Kyi. Sie wurde 1988 die Vorkämpferin für die Wiederherstellung der Demokratie in Myanmar und erhielt 1991 den Friedens-Nobelpreis. Sie fand aber nicht nur die internationale Anerkennung sondern auch Wertschätzung im eigenen Land und erreichte bei den Parlamentswahlen 1990 mit ihrer oppositionellen „National League for Democracy“ 80% der Sitze. Schließlich gelang es ihr, ins Parlament einzuziehen, obwohl sie von der regierenden Junta jahrelang unter Hausarrest gestellt worden war.

Aung San Suu Kyi erhielt nicht nur zahlreiche internationale Auszeichnungen, sie erreichte auch, dass die regierende Militär-Junta ihres Landes von den westlichen Demokratien zunehmend unter Druck gesetzt wurde. Wenn auch ihre Bewegungsfreiheit in Myanmar langezeit eingeschränkt war, so ist es bemerkenswert, welchen internationalen Druck die Friedensnobelpreisträgerin im Alleingang gegenüber einem militärischen System erzeugen konnte.

So kann man wohl sagen, dass sich die Bildungsexplosion in den einzelnen Ländern, der Glaube vieler Menschen an ihr Recht auf Mitsprache und Selbstbestimmung, die Entwicklungen im Bereich der Kommunikation und die Medien-Revolution auf die internationalen Beziehungen dahingehend ausgewirkt haben, dass „Macht“ neu definiert werden muss. Der mündige Bürger ist nicht mehr bereit, Willkür einfach hinzunehmen, und die „Welt“ hat die Möglichkeit, Vorgänge

kritisch zu verfolgen, die früher unter Ausschluss der Öffentlichkeit geschehen sind. Es ist daher heute nicht mehr möglich, dass selbst die mächtigsten Staaten und die mächtigsten Regierungen anderen Ländern und Menschen bedingungslos ihren Willen aufzwingen.

2.4. Wie kam es dazu?

Wie kam es dazu, dass sich das Wesen der Macht so dramatisch verändert hat? Dass Menschen nicht mehr bereit sind zu akzeptieren, was sie Jahrhunderte lang hingenommen haben? Dass man infrage stellt, was früher nicht hinterfragt wurde? Zumindest drei Revolutionen sind dafür kausal: Jene im Bildungsbereich; die demokratische Revolution und jene in der Technik.

2.4.1. Die Bildungsrevolution

Noch nie in der Geschichte der Menschheit wurde so vielen jungen Menschen der Zugang zu einer schulischen Bildung und Ausbildung eröffnet wie während der letzten beiden Generationen. Wo die Grundschul-Ausbildung schon vorher sichergestellt war, wie in Europa oder Nordamerika, erhöhte sich die Zahl der Mittelschüler und Universitätsstudenten dramatisch, auf den anderen Kontinenten wurde das System der Grundschule ausgebaut. Heute besuchen in Europa 95% der Grundschul-Absolventen eine weiterführende Schule, in Nord- und Süd-Amerika und selbst in Asien liegt diese Quote immerhin über 80%. Besuchten 1960 in den europäischen Industriestaaten nur 2,2% eines Jahrgangs eine Hochschule oder Universität, so stieg dieser Anteil bis 2002 auf 59%; in Nord-Amerika im selben Zeitraum von 7,2% auf 55%. Weltweit stieg der Besuch Höherer Schulen von 28 Millionen Studenten Anfang der 1970-iger Jahre auf 69 Millionen im Jahr 1990 und soll bis 2025 bereits 150 Millionen erreichen.

Was hat all dies mit Außenpolitik zu tun? Sehr viel! Denn sehr vielen dieser jungen Menschen wird nicht nur Wissen, sondern auch kritisches Bewusstsein vermittelt. Und Entwicklungen und Ereignisse, die früher mehr oder weniger hingenommen wurden, werden nunmehr kritisch hinterfragt. Dies gilt nicht nur für die großen Ereignisse wie Kriege und Militäreinsätze, sondern betrifft auch Fragen des

internationalen Umweltschutzes, der Entwicklungshilfe, der Sicherheit oder der Menschenrechte.

Seit der Aufklärung gehört es zu den europäischen Bildungsidealen, die Entwicklung der Welt zu erklären und Möglichkeiten einer rationalen Umgestaltung zu Erörtern. Entsprechend haben sich die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geändert, wobei zweifellos auch immer wieder eine weniger rationale Dimension eine Rolle spielte. Aber immerhin: die Lehre vom Naturrecht als einer dem positiven Recht vorgelagerter Grundwert wurde auch in der Außenpolitik immer bedeutender und damit verbunden der Stellenwert des Menschen, dem unveräußerliche Rechte zugeschrieben wurden. Wurde nun der Schutz dieser „natürlichen Rechte“ der Bürger die längste Zeit als eine wesentliche Aufgabe des Staates angesehen, so wurde diese Aufgabe, mit der Entwicklung der internationalen Gemeinschaft, zunehmend auf diese übertragen. Entsprechend entwickelte sich auch die kritische Erwartungshaltung vieler Bürger, die nunmehr, bewusst oder unbewusst, im Geiste der Aufklärung erzogen wurden.

Ohne hier auf die verschiedensten Auswirkungen der Bildungsrevolution weiter einzugehen, kann man jedenfalls feststellen, dass die verstärkte Bildung das Wissen auch um internationale Zusammenhänge wesentlich gesteigert hat; das Interesse, daran mitzuwirken, wurde wesentlich erhöht; und dazu kam noch, dass diese Entwicklung durch die Informationsrevolution massiv verstärkt wurde.

Die Bildungsrevolution hat auch eines bewirkt: Macht hat, wer attraktiv ist. Vor allem junge Menschen können sich jetzt aussuchen, welcher Lebensstil für sie am attraktivsten ist; welchen Vorbildern sie folgen wollen, ja welche Gesellschaftsordnung sie bevorzugen. Während des Kalten Krieges übten westliche Kleidung – wie Blue Jeans, westliche Musik und westliche Kunst – auf viele junge Menschen im Ostblock eine gewaltige Anziehungskraft aus. Diese Lebensformen verkörperten für Menschen von Prag bis Moskau und von Budapest bis Warschau Werte wie Freiheit und Selbstbestimmung. Diese Aspirationen einer ganzen Generation haben wohl entscheidend dazu beigetragen, dass zehntausende Panzer und der ganze Warschauer Pakt nicht in der Lage waren, das kommunistische Regime zu retten.

2.4.2. Die demokratische Revolution in der Außenpolitik

Jahrhunderte hindurch war die Außenpolitik „Domaine réservée“ des Staatsoberhauptes. Er bestimmte Ziele und Inhalte der „auswärtigen Angelegenheiten“, ein kleiner Kreis von Experten konnte ihn dabei beratend unterstützen. Selbst lange nachdem durch die Französische Revolution die Grundlagen für die Gestaltung der innerstaatlichen Institutionen nach demokratischen Prinzipien gelegt worden waren, wurden Parlament und Volk noch lange nicht im selben Ausmaß in den außenpolitischen Entscheidungsprozess eingebunden.

All dies änderte sich ganz wesentlich, als durch die „Bildungsrevolution“ aus Untertanen, die gewohnt waren jede außenpolitische Entscheidung hinzunehmen, kritische Bürger wurden. Diese stellten dann sehr wohl die Frage, wie sich das internationale Geschehen auf ihr persönliches Schicksal auswirken könnte.

War Diplomatie die längste Zeit ein Bereich, der die Beziehungen zwischen souveränen Staaten festlegte und gestaltete, so wurde seit dem Zweiten Weltkrieg auch in der Außenpolitik der Bürger zunehmend der Souverän. Er wurde nicht nur Adressat der Außenpolitik seines Landes, sondern immer stärker auch ein kritischer Meinungsbildner. Entsprechend kam es auch zu einer generellen Neuorientierung der internationalen Beziehungen: waren diese seit den Anfängen der Staatenwelt auf die Macht und Größe des eigenen Landes ausgerichtet, so steht nunmehr das Wohl der Bürger im Mittelpunkt. Dass das „Bürgerservice“ heute ein ganz wesentlicher Bereich in jedem Außenministerium ist, ist nur eine Komponente dieser Entwicklung. Viele andere Aktivitäten verfolgen dasselbe Ziel, von internationalen Abkommen über den Umweltschutz bis zur Durchsetzung der Menschenrechte; von Visa-Vereinbarungen bis zu internationalen Handelsverträgen.

Die „Informationsrevolution“ ergänzte die „Bildungsrevolution“. Begriffe wie Volkssouveränität, Gleichheit, Toleranz, Grundrechte, Gewaltenteilung oder Öffentlichkeit wurden durch die weltweit stattgefundene Informationsrevolution nicht nur viel stärker vermittelt als früher, sie wurden vielfach auch zum Maßstab für die Bürgernähe einer Außenpolitik. Jedenfalls hat diese Informationsrevolution sehr dazu beigetragen, dass Außenpolitik nicht nur mit dem, sondern auch für das Volk gemacht werden muss, will eine Regierung wieder gewählt werden.

So wie der moderne Verfassungsstaat damit begann, dass Bürgerkriegsparteien, damals konfessionell ausgerichtet, entwaffnet wurden und das staatliche Gewaltenmonopol sich durchsetzte, so hat auch die Demokratisierung der Außenpolitik dazu geführt, dass Kriege, wo immer sie in der Welt geführt werden, immer kritischer gesehen und damit teilweise sogar unmöglich wurden. Die Demokratisierung der Außenpolitik hat auch dazu geführt, dass sich eine internationale Gerichtsbarkeit entwickelte und dass Menschenrechte, zumindest im Prinzip, weltweit anerkannt wurden. Es entstanden internationale Organisationen und NGO's, die darauf ausgerichtet waren, das Wohl der Menschen zu fördern, manchmal auch gegen den Widerstand von Staaten.

2.4.3. Die Informationsrevolution

Die Informationsrevolution der letzten Jahre bewirkte, dass die Menschen auf der ganzen Welt mitverfolgen können, was sich selbst in den entlegendsten Winkeln der Erde tut. Dass dadurch viel eher ein Gefühl der Betroffenheit und manchmal auch einer Mitverantwortung entsteht, als in früheren Zeiten, liegt auf der Hand. Und dies hat revolutionäre Auswirkungen in den verschiedensten Bereichen: standen früher die offiziellen Beziehungen zwischen den Staaten mit entsprechenden Förmlichkeiten im Mittelpunkt des außenpolitischen Geschehens und auch der Berichterstattung darüber, so reichen die nunmehr vermittelten Informationen über die internationalen Vorgänge von den spezifischen Gegebenheiten in einem Land, über das Schicksal der Menschen bis zu den Vergleichen ihres täglichen Lebens. War der Bürger früher weitgehend auf offizielle Darstellungen darüber angewiesen, wie die Kampfhandlungen in einem Krieg verliefen, so wird nunmehr über Fernsehen, Handy und Internet übermittelt, was sich wirklich tut.

Mit welcher Geschwindigkeit sich die neuen Informationsträger ausbreiten, ist aus folgenden Zahlen ersichtlich: dauerte es bei dem 1876 erfundenen Telefon noch 35 Jahre, bis ein Viertel des amerikanischen Marktes damit ausgestattet war; waren es bei dem 1906 erfundenen Radio noch 22 Jahre; so dauerte es bei dem 20 Jahre später erfundenem Fernsehen noch 26 Jahre. Demgegenüber hatten die 1983 erfundenen Handys bereits 13 Jahre später ein Viertel des US-Marktes erobert; bei dem 1991 erfundenen Internet gelang dies überhaupt schon in sieben Jahren.

2006 benutzten in den Industriestaaten der OECD bereits 40% der Bevölkerung das Internet, in manchen Staaten wie Österreich, Deutschland oder den USA liegt der Prozentsatz sogar darüber. Selbst in China hatten 2006 schon an die 100 Millionen Menschen einen Internet-Anschluss. Zum selben Zeitpunkt gab es weltweit zwei Milliarden Benutzer von Mobiltelefonen, darunter 342 Millionen in Europa und 421 Millionen in China, wo es nur vier Jahre vorher erst 171 Millionen waren. Alleine im ersten Quartal 2006 wurden weltweit 235 Milliarden SMS verschickt.

Wie wirkt sich nun die Informationsrevolution, mit dem Internet, den Mobiltelefonen und den weltweiten Fernsehanstalten, auf die Gestaltung der Außenpolitik eines Landes aus. Zunächst gibt es einmal wesentlich mehr Informationen über das internationale Geschehen, und das nicht nur für die Außenministerien und andere Experten, sondern für alle. Es gibt keine Informationsmonopole mehr. Botschaften, Nachrichtenstationen, NGO's und Interessengruppen, sie alle können Nachrichten sammeln, verwerten und weitergeben. Dass dabei die unterschiedlichsten Gesichtspunkte eine Rolle spielen, liegt auf der Hand. Was auf CNN als „Terror“ dargestellt wird, ist auf Al Jazeera „Widerstand“, genauso, wie aus „Aufruhr“ am amerikanischen Sender „Kampf“ am arabischen werden kann. Kleine sprachliche Veränderungen können größte Auswirkungen haben; etwa wenn statt eines „Krieges im Irak“ von einem „gegen den Irak“ gesprochen wird.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass die Auswirkungen der Informationsrevolution im außenpolitischen Bereich nicht hoch genug eingeschätzt werden können: Menschen werden besser informiert, jede Entwicklung oder Krise kann plötzlich eine Schlagzeile in den Weltnachrichten werden, der kritische Bürger ist nunmehr in der Lage, sich sein eigenes Bild vom Geschehen in der Welt zu machen.

Wieweit beeinflussen die neuen Medien, wie Facebook und Twitter die Macht und die Sicherheit im internationalen Bereich? Dazu kann folgendes festgehalten werden:

a) Die neuen Medien sind den traditionellen in wichtigen Punkten voraus: Mobile Geräte mit Internet-Zugang, wie Smartphones oder Laptops können überall und jederzeit Nachrichten übermitteln. Man muss nicht auf die Abendnachrichten oder die

Morgenzeitung warten. Man kann – was vor allem Jugendliche auch tun – in den sozialen Netzwerken rund um die Uhr Nachrichten austauschen.

Diese Nachrichten kann man gleichzeitig zeitnah und global verbreiten. Dabei kann man sehr gezielt vorgehen. Sowohl was die Personengruppen, als auch was den Inhalt der Nachrichten betrifft. Und eines: jede Nachricht kann sich exponentiell innerhalb der Zielgruppe verbreiten.

Es liegt auf der Hand, dass so innerhalb kürzester Zeit Menschenmassen mobilisiert werden können, wie dies etwa zu Beginn des „Arabischen Frühlings“ der Fall war. Dass es dabei leichter ist, Menschen zu mobilisieren, als später vielleicht zu regieren, ist klar.

b) Für technisch hochentwickelte Institutionen oder Länder entwickeln sich auch neue Möglichkeiten der Spionage. Dies deshalb, wenn die Anbieter sozialer Netzwerke den Menschen als Produkt, als Ware sehen. Alle, die für Daten über die erfassten Menschen zahlen, können diese letztlich erwerben. Es ist daher im wirtschaftlichen Interesse der Betreiber der sozialen Netzwerke, möglichst viele Informationen über eine Person zu erlangen. Dabei sind die Möglichkeiten fast grenzenlos: Von den Daten, die man bei der Anmeldung hinterlegen muss; über die Speicherung der Mails und der Gespräche; bis zur Feststellung, welche Seiten ein Benutzer täglich einsieht – in welcher Reihenfolge, und wie lange man einen Artikel liest. Damit können Personen und Computer eindeutig identifiziert werden. Es wurde ein gewaltiger Schritt zum „gläsernen Menschen“ gemacht. Kontakte einer Person können genauso festgestellt werden, wie der Terminkalender oder Reiserouten.

Wenn es Spionage schon immer gegeben hat, dann war es für Geheimdienste noch nie so einfach, an so viele Informationen über eine Person oder über eine Gruppe zu gelangen, wie heute. Jedes Smartphone stellt eine potentielle Abhörwanze oder einen Peilsender dar. Es wäre naiv zu glauben, dass Gemeindienste auf diese Möglichkeiten der Spionage verzichten würden.

Dass Max Kelly, der langjährige Sicherheitschef von Facebook, als er 2010 seine Firma verließ, nicht zu Google oder Twitter wechselte, sondern zur Nation Security

Agency (NSA) spricht Bände. Dieser Mann, der zunächst für den Schutz der persönlichen Daten von 1 Mrd. Facebook-Benützer zuständig war, wechselte dann zu einer Institution, die, wie wir von Edward Snowden wissen, die ganze Welt abhört.

c) Die Welt wurde kritischer.

Eine entscheidende Auswirkung der Informationsrevolution bestand darin, dass dadurch – verbunden mit der Bildungsrevolution – das kritische Potential innerhalb einer interessierten Öffentlichkeit wesentlich größer wurde. Der Einfluss der großen Medien-Konzerne wie BBC oder CNN wurde derart gestärkt, dass diese oft bestimmten, was „News“ und damit internationales Geschehen ist. NGO's erhielten die Möglichkeit, ihre Anliegen und ihre Sicht der Dinge in einem vorher nicht gekannten Ausmaß zu verfolgen und darzustellen. Themen wie Menschenrechte, Umwelt, Frauenrechte oder das Verbot von Landminen hätten ohne die gewaltige mediale Unterstützung, die sie erfahren haben nie in dem Ausmaß umgesetzt werden können, wie dies tatsächlich der Fall war. Insgesamt kann man wohl auch feststellen, dass viele Aktivisten mit massiver medialer Unterstützung ihre Kritik am internationalen Geschehen in einer Intensität und einer Weise darlegen konnten, wie dies vorher unvorstellbar war: die WTO musste im Dezember 1999, nicht zuletzt aufgrund der Bilder, die in der Öffentlichkeit gezeigt wurden, ihre Tagung in Seattle abbrechen und hat sich davon seither nicht wirklich erholt. Der IMF und die Weltbank kamen nicht umhin, auf die von der „Zivilgesellschaft“ über die Medien vorgetragene Kritik, der sie immer wieder ausgesetzt waren, einzugehen und mussten jahrelang verfolgte Strategien ändern.

Ganze Bibliotheken wurden darüber geschrieben, wie sich die neuen Kommunikationstechnologien auf moderne Waffensysteme und auf die Art der Kriegsführung auswirken, von „chirurgisch“ durchgeführten Raketenangriffen bis zur Fernsteuerung ganzer Armeen. Verschiedentlich hieß es, moderne Krieger brauchen Computer notwendiger als Gewehre.

Was aber viel weniger beachtet wurde, was aber auf den modernen Krieg mindestens so große Auswirkungen hat, ist die Informationsrevolution, die den Bürger trifft: operative militärische Vorgänge werden direkt in die Wohnzimmer übertragen; das oft furchtbare Schicksal einzelner gefallener oder verwundeter Soldaten wird weltweit ausgestrahlt; und die Zahl der Kriegstoten wird in Form eines täglichen „Bodycount“ international verbreitet. Kann man unter solchen Bedingungen

noch Kriege führen; Ja das ganze Wesen der Ausübung von Macht hat sich durch die Informationsrevolution grundlegend geändert.

Insgesamt können daher die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die internationalen Beziehungen nicht hoch genug eingeschätzt werden: Konflikte in Gegenden, die bis dahin niemand kannte, von Darfur bis Chiapas rücken plötzlich in den Mittelpunkt des „Weltinteresses“. Politische Bereiche, die bis dahin Angelegenheiten des außenpolitischen Establishments waren, von zwischenstaatlichen Verhandlungen bis zu Auftritten in internationalen Organisationen, werden nunmehr von Medien und NGO's kritisch überwacht. Und das außenpolitische Engagement, Ziele und Mittel der internationalen Beziehungen, von der Entwicklungshilfe bis zur Einigung Europas, sind nunmehr jener kritischen Diskussion ausgesetzt, die die längste Zeit der Innenpolitik vorbehalten war.

II. TRADITIONELLE AUSSENPOLITIK: SICHERHEIT DURCH MACHT

Jahrhundertlang war Außenpolitik Machtpolitik, und unter Macht verstand man militärische Macht. Ziel eines jeden Staates war es, so mächtig zu sein, damit man andere dominieren oder in Schranken halten konnte. Um das zu erreichen, war jedes Mittel recht. Kriege wurden als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln gesehen. Wem es gelang, seine Macht entsprechend auszuüben, der ging als „groß“ in die Geschichte ein.

1) Traditionelle Ziele der Außenpolitik: Sicherheit durch Macht.

Das außenpolitische Geschehen einer jeden Epoche ist von bestimmten Grundgedanken geprägt. So hielt etwa das Mittelalter sehr stark an der Idee fest, dass die Menschheit eine Einheit darstellt. Das Bewusstsein von dieser Einheit war sehr ausgeprägt, umfasste alle Gebiete des Lebens und übertrug sich auf die

politischen und staatlichen Formen des Zusammenlebens. Dieses theoretische Ideal der Einheit sollte dadurch verwirklicht werden, dass die Menschheit ein geistliches Oberhaupt, den Papst, und ein weltliches, den Kaiser hatte. Kaisertum und Papsttum hatten dasselbe Ziel: Beide versuchten, jeder in seinem Bereich, dass ihre universale Oberhoheit anerkannt wurde.

Dieses Prinzip der Einheit konnte aber in der Praxis nicht verwirklicht werden. Es kam zur Bildung verschiedener politischer Gemeinwesen, die nebeneinander existierten. In der Renaissance setzte sich dann, beginnend in Italien, eine neue Weltanschauung durch: Der bisherige Glaube an die universelle Autorität von Kaiser und Papst wurde abgelöst vom Glauben an die freie Selbstbehauptung des Individuums. Umgelegt auf die Politik bedeutete dies, dass sich zunächst selbständige Fürstentümer und später Nationalstaaten bildeten. Ab dem Zeitpunkt, in dem die Beziehungen zwischen den einzelnen selbständigen Staaten an Intensität gewannen, entstand die Diplomatie als Pflege der Beziehungen zwischen diesen Staaten als selbständige Einrichtung.

Hier soll zunächst dargestellt werden, aufgrund welcher theoretischen Grundlagen die zwischenstaatlichen Beziehungen geregelt wurden. Insbesondere soll dargestellt werden, was die Ziele und die Mittel bei der Gestaltung dieser Beziehungen waren, wie Staatsräson und Realpolitik darauf ausgerichtet waren, die Macht des Monarchen, des Staates, zu stärken. Die Grundlage der Außenpolitik war damit die politische, militärische und wirtschaftliche Stärke eines Herrschaftsbereiches und blieb es für lange Zeit.

Ebenfalls charakteristisch für die Grundhaltung bei der Gestaltung der Außenpolitik war, dass alles als erlaubt erklärt wurde, was dazu beitrug, die eigene Macht zu stärken. Der Zweck heiligte eben die Mittel. Damit wurden Verhaltensweisen, die man im privaten Bereich auf das schärfste verurteilte, im zwischenstaatlichen Verhalten nicht nur geduldet, sondern sogar verherrlicht. Das Gebot „Du sollst nicht töten“ etwa verwandelte sich in eine Heldenverehrung für den Feldherrn, dem es gelang, am Schlachtfeld möglichst viele Feinde zu töten.

2) Die traditionellen Mittel der Außenpolitik: Realpolitik, Staatsräson und Krieg

2.1. Die Umkehrung der Werte im Reich der Realpolitik

Zu den Wesenszügen der Realpolitik gehört auch eine Umkehrung der Werte: Verhaltensweisen, die im privaten Bereich auf das schärfste verurteilt würden, gereichen, wenn sie der Macht des Staates dienen, zur höchsten Ehre. Wird eine Verletzung des Gebotes „Du sollst nicht töten“ im zivilen Leben auf das strengste bestraft, so gereicht die Vernichtung der Feinde am Schlachtfeld zur höchsten Ehre. Werden Diebstahl und Raub von einem jeden Strafgesetz unter Strafe gestellt, so war die Besitznahme ganzer Landstriche legitimiert, wenn dies im Sinne der Staatsräson erfolgte. Daraus ergibt sich: Die Staatsräson konnte eben aus privaten Sünden öffentliche Tugenden machen.

Diese Umkehrung der Werte ergibt sich sehr klar aus der Denkweise Machiavellis und aus der Theorie, auf der er die internationalen Beziehungen aufbaut. Denn wenn die Selbständigkeit eines Staates nur gewährleistet ist, solange sich dieser im Kampf gegen die anderen durchsetzt, und solange der Kampf die Grundlagen des zwischenstaatlichen Verkehrs darstellt, solange muss alles erlaubt sein, was den eigenen Interessen, ja den eigenen Überlebenschancen dient. Regeln gelten damit nur so lange, als sie den höheren Zielen dienlich sind.

Wenn Außenpolitik gleichbedeutend ist mit dem Existenzkampf der Völker, dann muss sie, nach dieser Denkweise, allen Herausforderungen des realen Lebens Rechnung tragen. Damit gelten Recht und Moral für einen Staat nicht, wenn es um die Erhaltung seiner Existenz geht. Denn diese ist wohl wichtiger als die Einhaltung abstrakter Prinzipien. Dazu kommt noch, dass ja der Staat selbst als die Quelle des Rechts angesehen wird. Damit steht er über dem Recht und jeder Krieg, der der staatlichen Führung als notwendig erscheint, wird ein gerechter Krieg.

Realpolitik baut also auf einer Trennung zwischen einem politischen Gewissen und einem für die übrigen Lebensbereiche auf, also auf einer Trennung zwischen Politik und Moral. In diesem Sinne stellte etwa Friedrich der Große die Frage: „Ist der Vertragsbruch eines Fürsten so schlimm wie der Untergang eines Volkes?“ Und gibt dann gleich selbst die Antwort: „Nur der Schwachsinnige kann vor

der Antwort auf die Frage schwanken. Die Amtspflicht befiehlt dem Fürsten, der das Glück seines Volkes zu hüten hat, ein gefährliches Bündnis zu lösen, einen schädlichen Vertrag zu brechen, statt durch dessen Erhaltung sein Volk in Gefahr zu bringen. Wer solches Handeln unerbittlich verdammt, gehört zu den Leuten, denen ein gegebenes Wort als unverbrüchlich heilig gilt. Als Privatmann stimme ich diesen achtbaren Leuten zu, denen Ehre höher steht als Interesse. Der Fürst, der einen treulosen Nachbarn nicht, wie der hingegangene Privatmann, vor Gericht stellen kann und dessen Tun oder Lassen über Heil oder Unheil ganzer Völker entscheidet, muss anders denken und muss anders handeln.“

Diese Denkweise hat natürlich jedem Sophismus und Opportunismus Tür und Tor geöffnet. So erschien etwa eine Schrift „Politik und Moral“ (von H. Scholz; Gotha 1915) in der es heißt: „Ein Staatsmann beschädigt sein Gewissen nicht dadurch, dass er als Staatsmann anders handelt, als er als Mensch gehandelt hätte. Er vertieft vielmehr das Verständnis des Sittlichen, in dem er den Moralphilosophen korrigiert, der in einseitiger Beschränkung die Prinzipien der individuellen Moral mit den Maßstäben des Sittlichen überhaupt verwechselt.“

All diese Überlegungen gehören längst nicht der Vergangenheit an. Auch heute werden manche Bücher über Diplomatie und Außenpolitik so geschrieben, als wären Staatsräson und Realpolitik immer noch die entscheidenden Grundlagen des internationalen Geschehens. Tatsächlich wird auch immer noch ein wesentlicher Teil der internationalen Beziehungen nach jenen Überlegungen gestaltet, die den Grundlinien der Realpolitik folgen. Manche Verhandlungen und Konferenzen von heute unterscheiden sich tatsächlich kaum von denen am Wiener Kongress.

Daneben gibt es aber heute eine andere Diplomatie und eine andere Außenpolitik. Es gibt heute eine internationale Zusammenarbeit, insbesondere im humanitären Bereich, die einer ganz anderen Logik folgt als jener der Staatsräson oder der Realpolitik. Der Unterschied wird deutlich, wenn man unterschiedliche Konferenzen miteinander vergleicht: So gab es und gibt es Konferenzen im Sinne der klassischen Diplomatie, die darauf abzielen, Gebietsgewinne für das eigene Land zu erreichen. Dabei bemühen sich Verhandlungspartner wohl auch, sich gegenseitig unter Druck zu setzen, zu überreden oder zu überlisten. Bei Konferenzen allerdings,

bei denen der Kampf gegen die Armut oder gegen die Umweltverschmutzung im Mittelpunkt steht, kommt es wohl eher darauf an, alle Kräfte gemeinsam in optimaler Weise einzusetzen. Bei diesen Konferenzen sollte es aber auch möglich sein, einen Einklang zwischen privater und öffentlicher Moral herzustellen, die lange Zeit bestandene Umkehrung der Werte zu überwinden.

2.2. Realpolitik in der Praxis – die sieben Weltkriege

Nach dem Dreißigjährigen Krieg wurde im Westfälischen Frieden (1648) eine internationale Ordnung konzipiert, die auf der Souveränität der Nationalstaaten aufbaute. Nach dem damals entwickelten Völkerrecht bedeutete dies, dass jeder Staat auch insoweit souverän war, dass er einem anderen den Krieg erklären konnte. Eine Epoche der Kriege war vorprogrammiert. Jeder Staat war damit berechtigt, seine Macht innerhalb der eigenen Grenzen, aber auch im Krieg gegen andere Staaten, zu erweitern.

In den letzten 300 Jahren gab es sieben Weltkriege, die meist auf drei oder mehreren Kontinenten ausgefochten wurden, und die das Schicksal der Welt entscheidend beeinflussten. Dies waren dies: Der Spanische Erbfolgekrieg; der Große Nordische Krieg; der Siebenjährige Krieg; die Napoleonischen Kriege; der Erste und der Zweite Weltkrieg und schließlich der Kalte Krieg. Zu diesen Kriegen konnte es aus verschiedenen Gründen kommen: Wenn die Machtansprüche eines Staates auf diplomatischem Weg nicht mehr durchgesetzt werden konnten; wenn ein Herrscher oder ein Land versuchten, die Vorherrschaft in der Staatengemeinschaft zu übernehmen oder wenn sich revisionistische Kräfte gegen das bestehende Gleichgewicht erhoben.

Den großen Kriegen folgten Friedenskonferenzen, die darauf ausgerichtet waren, eine neue internationale Ordnung oder zumindest ein neues Kräfteverhältnis zwischen den Staaten herzustellen. Die Siegermächte nahmen dann in der neuen

Konstellation solange einen dominierenden Platz ein, bis die Verlierer versuchten, das bestehende Machtverhältnis zu ihren Gunsten zu revidieren. Auf Schlachten folgten Friedenskonferenzen, Soldaten und Diplomaten lösten einander in der Gestaltung des Weltgeschehens ab.

Am Schlachtfeld wurde das Kräfteverhältnis zwischen den Gegnern entschieden. Die dann folgenden Konferenzen waren darauf ausgerichtet, die politischen Verhältnisse, die internationale Ordnung neu zu regeln: Das Verhältnis zum bisherigen Gegner sowie die Beziehungen der Sieger untereinander. So lange Realpolitik und Gleichgewichtsdanken diese Konferenzen prägten, also bis zum Ersten Weltkrieg, wurde durchaus ein „Ausgleich“ zwischen Siegern und Besiegten gesucht. Ab dem Zeitpunkt, wo dann eine Nation die größten Anstrengungen unternahm, eine andere zu vernichten, wurde es wesentlich schwerer, einen Ausgleich zu finden. Denn mit Todfeinden oder mit dem „absolut Bösen“ ist ein Kompromiss nicht mehr möglich.

Somit wurde das Gleichgewichtsdanken von der Vorstellung abgelöst, nur in einer internationalen Gemeinschaft, in der jeder Staat die Grundsätze von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten verwirklicht, könne der Friede gesichert werden. Diese Denkweise kam in der Satzung der Vereinten Nationen sehr stark zum Ausdruck und wurde in den Vereinigten Staaten, bis hin zur Bush-Doktrin, weiter entwickelt. Schließlich räumten sich die USA das Recht ein, präventiv gegen jene Staaten vorzugehen, die den von ihnen festgelegten Kriterien eines „zivilisierten Verhaltens“ nicht entsprachen.

Glaubte man also lange Zeit, das Gleichgewicht zwischen den Staaten wäre die beste Garantie für ein friedliches Zusammenleben, so setzte sich schließlich die Vorstellung durch, „zwischen Demokratien könne es nie zu einem Krieg kommen“. Dass aber damit Kriege „zur Durchsetzung der Demokratie“ dann genauso an der Tagesordnung sein können wie seiner Zeit jene zur Erhaltung des Gleichgewichts, muss man genauso in Kauf nehmen, wie jene „unheiligen Allianzen“, bei denen die Realpolitik die Oberhand behielt.

Aber was immer die Ursachen der Kriege und die Motive für die Gestaltung der internationalen Beziehungen waren, die Aufgabe eines Diplomaten war es, für seinen Staat eine optimale Stellung in der Welt zu erreichen. Die Diplomatie war der Staatsräson verpflichtet und zutiefst mit der „Führung der Staatsgeschäfte“ verbunden. Die sieben Weltkriege sind ein Beispiel dafür:

- Der Spanische Erbfolgekrieg und der Friede von Utrecht (1701 – 1714)
- Der Große nordische Krieg und der Friede von Nystadt (1700 – 1721)
- Der Siebenjährige Krieg und die Friedensverträge von Hubertusburg und Paris (1756 – 1763)
- Die Revolutionskriege, Napoleon und der Wiener Kongreß (1789 – 1815)
- Der Erste Weltkrieg (1914 – 1918) und Versailles
- Der zweite Weltkrieg (1939 – 1945) Jalta und Potsdam
- Der Kalte Krieg und die amerikanische Vorherrschaft

Die Kriege des 20. Jahrhunderts waren so verheerend, dass sich in einigen Teilen der Welt, insbesondere in den westlichen Wohlfahrtsstaaten, die Haltung zum Krieg generell geändert hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden militärische Auseinandersetzungen in Westeuropa denkunmöglich.

3) Die traditionellen Player

Die Wesenselemente, die der Diplomatie und der Außenpolitik im Zeitalter ihrer Entstehung zu Grunde lagen, prägten ihren Stil und ihren Inhalt durch Jahrhunderte, ja teilweise bis heute. Ein ganz entscheidendes Wesenselement bestand darin, dass es das Ziel der Herrschenden Dynastien war, ihr Patrimonium, also den Herrschaftsbereich der eigenen Familie, zu vergrößern. Die Vermengung von privater und öffentlicher Herrschaft wurde dadurch unterstrichen, dass Hochzeiten dazu dienten, Dynastien zu stärken; Kriege waren ein Ausdruck persönlicher Interessenskonflikte, ja Ludwig XIV drückte die Haltung vieler Herrscher aus, wenn er sagte: „L'Etat, c'est moi“, der Staat bin ich. Die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten gestalteten sich Jahrhunderte hindurch als Allianzen oder Konfrontationen zwischen Kaisern, Königen und Prinzen. Man kann daher kaum vom

„inter-nationalen“ Beziehungen sprechen, weil die Nationen als Staat noch gar nicht existierten.

Der Herrscher konnte zum Kriegsdienst aufrufen, Recht sprechen und Steuern einheben. Das persönliche Ehrgefühl und die persönlichen Ambitionen eines Herrschers übertrugen sich dann auf den Staat, den er regierte. In diesem Sinne verkörperten dann auch die auswärtigen Beziehungen eines Landes Macht und Ruhm des Herrschers. Die Geschichtsschreibung leistete dann ihren Beitrag, um eine Regierungszeit mit Heldentaten zu schmücken.

Diese Vermengung der offiziellen Aufgabe, des Amtes eines Kaisers oder Königs mit seiner Person, wurde noch dadurch unterstrichen, dass Gott im Rahmen der Krönungsfeierlichkeiten sehr direkt in die Begründung des Herrschaftsanspruches miteinbezogen wurde. Das hat dem Kaiser, dem König, in den Augen seiner Zeitgenossen die entscheidende Legitimation verschafft. Wurde durch eine Wahl, etwa zum König des „Heiligen römischen Reiches“ eine Machtposition begründet, so erhielt diese durch die Krönung, bei der die Ölung ein besonderes Zeremoniell darstellte, oder durch die Zustimmung des Papstes, einen sakralen Charakter. Dass manche Eroberungskönige, wie Karl der Große, Knut von Dänemark oder Stefan von Ungarn heilig gesprochen wurden, unterstrich den quasi – priesterlichen Status und den Eindruck, die Macht würde von Gottes Gnaden ausgeübt.

4) Machtpolitik im 21.Jahrhundert

4.1. Der US-Alleingang in der Weltpolitik

Die Amerikaner verstehen sich als außergewöhnliche, ja manchmal auch als auserwählte Nation. Sie vertreten noch ein klassisches Verständnis von Außenpolitik, wonach Diplomatie und militärische Stärke eine Einheit bilden. Ein US-Diplomat hat es einmal so formuliert:

„Diplomacy without the backing of the military is like a baseball game without a baseball bat“. Und Samantha Power sagte im Rahmen eines Senat-Hearings, das anlässlich ihrer Bestellung zur US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen im Juli 2013 stattfand:

„ I would never apologize for america – america ist the light of the world“.

Wohl als eine Auswirkung der Terroranschläge wurde die US-Neigung verstärkt, die Weltpolitik im Alleingang zu meistern. Somit haben die Terroranschläge vom 11. September 2001 nicht zu einer grundsätzlich neuen Haltung der Regierung Bush geführt. Innerhalb der USA kam es zu einem Patriotismus, in der Außenpolitik wurden bestehende Trends noch verstärkt.

Verstärkt wurde das Bewusstsein, dass Amerika das Gute in der Welt repräsentiert und von den Kräften des Bösen angegriffen wird. Die USA haben eine Tradition des Unilateralismus.

So sehr eine einseitige Vorgangsweise der USA immer wieder als etwas Besonderes dargestellt wird, die Vereinigten Staaten haben durchaus eine Tradition, die Entwicklung der Welt aus ihrer Sicht zu analysieren und die eigene Politik entsprechend festzulegen. Diese Vorgangsweise wurde dann jeweils in Doktrinen der jeweiligen Präsidenten festgelegt: Als nach dem Zweiten Weltkrieg Griechenland Gefahr lief, ein Opfer der kommunistischen Machtergreifung zu werden und auch die Türkei aus dem westlichen Bündnis auszuscheren drohte, kam es zur Truman-Doktrin (1947). Darin erklärte Präsident Harry S. Truman, dass es die Politik der Vereinigten Staaten ist, „freie Völker zu unterstützen, die sich der Unterdrückung durch bewaffnete Minderheiten oder einem Druck von außen widersetzen“. Diese Doktrin wurde dann über die ursprünglich betroffene Region des östlichen Mittelmeers hinaus ausgedehnt. In der Eisenhower-Doktrin wiederum gaben die USA die Erklärung ab, dass sie im Nahen Osten immer dann intervenieren würden, wenn eine Regierung dies verlangt, die von einem kommunistischen Umsturz bedroht ist. Die Johnson-Doktrin (1965) stellte fest, der amerikanische Präsident könne die militärischen Streitkräfte seines Landes überall dort auf der westlichen Hemisphäre einsetzen, wo eine kommunistische Bedrohung festgestellt wurde. Diese Doktrin wurde verkündet, als Lyndon B. Johnson amerikanische Truppen in die Dominikanische Republik schickte.

Die Nixon-Doktrin (1969) wurde im Zusammenhang mit den amerikanischen Erfahrungen in Vietnam proklamiert und betraf ursprünglich die Länder der Dritten

Welt und Ostasien. Demnach würden die USA in Zukunft – so diese Doktrin – die regionale Sicherheit und die „Eigenverantwortung“ der Nationen im Fernen Osten unterstützen, ohne dass amerikanische Truppen direkt eingesetzt würden. Konkret hieß dies, dass die Last der Kriegsführung bei künftigen Kriegen von den Armeen der betroffenen Länder selbst getragen werden müsste, die Amerikaner würden sich lediglich auf eine unterstützende Rolle beschränken.

Die Carter-Doktrin (1980) wiederum hielt fest, dass jeder Versuch der Sowjetunion, Kontrolle über den persischen Golf zu gewinnen, als ein Angriff auf die Lebensinteressen der Vereinigten Staaten betrachtet würde. Die Reagan-Doktrin (1986) schließlich kündigte an, die Vereinigten Staaten würden sich aktiv für die Verbreitung der Demokratie in der Welt engagieren. „Demokratische Revolutionen“ würden demnach in Zukunft humanitäre und militärische Unterstützung erhalten, wo immer sie stattfinden.

Diese verschiedenen, im Laufe der letzten Jahrzehnte von US-Präsidenten proklamierten Doktrinen zeigen zumindest zweierlei: Einmal, dass es Amerika immer wieder verstanden hat, sich neuen Herausforderungen zu stellen, aber auch, dass diese Hinwendung zu neuen Zielen oder neuen Methoden der Außenpolitik durchaus auch einseitig proklamiert und durchgesetzt wurde.

Dies war auch die amerikanische Politik nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Wurde der Regierung Bush seit ihrem Amtsantritt vorgeworfen, sie würde sich im internationalen Geschehen zu sehr mit einer Beobachterrolle begnügen, so änderte sich dies radikal nach diesen Anschlägen. Der amerikanische Präsident proklamierte umgehend den „Krieg gegen den Terrorismus“, militärische Aktionen folgten in Afghanistan und anderen Teilen der Welt. Wurde noch im Juli 2001 in der „New York Times“ in einem Leitartikel der Vorwurf erhoben, die Regierung Bush stünde international im Abseits, so zeigte gerade diese Regierung, dass sie sehr wohl entschlossen war, wenn notwendig auch allein zu handeln. Wurde Präsident Bush vorgeworfen, er würde sich über wichtige internationale Verträge und über die internationale Zusammenarbeit hinwegsetzen, so änderte sich diese Haltung auch nach dem 11. September 2001 nicht. Der Unilateralismus wurde eher verstärkt.

4.2. Die Dialektik der Globalisierung – das Werden einer multipolaren Welt

Globalisierung verbindet. In den Jahrzehnten seit Beginn der Globalisierung ist der internationale Warenaustausch dramatisch gestiegen; ausländische Direktinvestitionen wurden zunehmend in Staaten getätigt, die früher als Entwicklungsländer galten, die Kommunikations- und Informations-Revolution erfassten die ganze Welt; und auch die Ausbreitung von Ideen kennt keine Grenzen mehr.

So sehr also die Globalisierung einerseits verbindet, durch die Einbindung in die Weltwirtschaft, wurden Staaten wie China, Indien, Russland oder Brasilien wirtschaftlich stärker und damit auch politisch mächtiger. Diese Länder traten in der Weltpolitik zunehmend eigenständiger, ja nationalistischer auf. Die Globalisierung, die zunächst die Menschen und Länder näher zusammenführte, kann somit gleichzeitig auch den entgegengesetzten Effekt haben: Es entstehen neue Konkurrenzverhältnisse, manchmal verbunden mit neuen Spannungen. Wenn auch die Welt nicht wieder so wird, wie sie vor 500 Jahren war, als nämlich Asien die dominierende Kraft war, so gehen wir sicherlich einer Welt mit mehreren Machtzentren, einer multipolaren Welt entgegen. Nach manchen Statistiken fertigten die chinesischen Manufakturen um 1750 ein Drittel der Weltproduktion, Indien 18,5%, während Europa für 23% aufkam. Damals zählte China 207 Millionen Einwohner und Europa 130 Millionen. Wenn man zu China und Indien die Länder Süd-Ost Asiens, das Ottomanische Reich und Persien hinzuzählt, dann erzielte Asien an die 80% der Weltproduktion. Vor allem dominierte dieser Erdteil die Textilindustrie, die dann die erste Schlüsselindustrie während der industriellen Revolution in Europa wurde.

Während also bis ins 18. Jahrhundert Asien die Weltwirtschaft dominierte, gewann Europa durch die industrielle Revolution zu Beginn des 19. Jahrhunderts die Oberhand. Sehr viel spricht dafür, dass im 21. Jahrhundert wieder mehrere Zentren die Weltwirtschaft bestimmen werden. Die entscheidenden Fragen sind dabei nun folgende: Wie weit können diese Veränderungen der bisher gegebenen wirtschaftlichen Aufgabenteilung ohne große Einbrüche und Wirtschaftskrisen zu einem neuen Gleichgewicht führen? Wie wirkt sich der wirtschaftliche Aufschwung

Asiens auf die verschiedenen Bereiche aus, von der Umwelt bis zur Energieversorgung? Und vor allem eines: wieweit beanspruchen jene Länder, die einen vorderen Platz in der Weltwirtschaft finden, auch einen entsprechenden politischen Rang? Nicht zuletzt war es ein ganz entscheidender Grund für den Ausbruch des Ersten bzw. Zweiten Weltkrieges, dass das Deutsche Reich und dann Japan auf Grund ihrer wirtschaftlichen Erfolge in die Reihe der Weltmächte aufgenommen werden wollten. Kann man hoffen, dass die mit der Globalisierung der Wirtschaft einhergehende Neuverteilung der Macht ohne größere militärische Konflikte erfolgen wird?

4.3. Machtpolitische Konflikte auch in der Zukunft

Durch die starke Interdependenz in der heutigen Welt, ob im wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftspolitischen Bereich, wird es auch in Zukunft machtpolitische Konflikte geben. Natürlich können Krisen unter diesen Verhältnissen am besten gemeinsam gelöst werden. Aber machtpolitische Konflikte kann man nicht ausschließen. Allerdings: während bis 1914, ja bis zur Schaffung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg, die internationalen Beziehungen von einer „Logik des Krieges“ beherrscht wurden, der Krieg eben als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln galt, so wird nunmehr im Bereich der „Internationalen Gemeinschaft“ viel stärker die Meinung vertreten, Angriffskriege dürften nicht mehr geduldet werden.

Tatsächlich hat es seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zwischen den Großmächten keine Kriege mehr gegeben; die Zahl der zwischenstaatlichen militärischen Konflikte hat stark abgenommen; und ein Großteil der militärischen Auseinandersetzungen hat den Ursprung in innerstaatlichen Missständen.

Ein wesentlicher Grund dafür liegt wohl darin, dass für die Menschen in den westlichen Wohlfahrtsstaaten die Legitimation der Politik nicht mehr in der nationalen Größe, sondern in der Förderung der Wohlfahrt der Bürger liegt. In den westlichen Demokratien gewinnen immer jene Parteien die Wahlen, denen es gelingt, die soziale Sicherheit zu garantieren und auszubauen; hingegen wurden in Europa jene

Regierungen abgewählt, die den militärischen Einmarsch der USA im Irak unterstützt haben.

Angesichts der jahrzehntelangen Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik liegt es auf der Hand, dass immer wieder die Frage gestellt wird, wie lange die amerikanische Dominanz noch anhalten wird, bzw. von wem die USA einmal abgelöst werden könnten. Diese Frage wird auch immer wieder theoretisch untermauert, wie etwa in dem 1988 erschienenen Buch von Paul Kennedy „The Rise and Fall of the Great Powers“.

Nun wird schon seit einiger Zeit die Frage diskutiert, ob und eventuell wann China machtpolitisch und wirtschaftlich zu den Vereinigten Staaten aufschließen bzw. diese sogar überholen kann. Dabei wird immer wieder der Fehler gemacht, dass nur die machtpolitische Seite der Geschichte, die ja tatsächlich Jahrhunderte lang im Vordergrund stand vorgeschrieben wird. Dabei sind aber heute viele andere Bereiche, die außerhalb der Machtpolitik stehen und die die Bürger direkt berühren, ein wesentlicher Teil der internationalen Beziehungen. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung sind Nationalstolz und Patriotismus in China zweifellos gestiegen, alte Ressentiments, etwa gegen Japan, brechen durch. Bisher hat sich aber gezeigt, dass Spannungen in einigen Bereichen nicht verhindern konnten, dass etwa Handelsbeziehungen ausgebaut wurden.

China ist sicherlich bemüht, Interessenssphären in den verschiedenen Teilen der Welt aufzubauen. Und dennoch kann man eines klar feststellen: Auch die chinesische Führung, zweifellos autoritär in ihrer Konstruktion, muss darauf bedacht sein, die Lebensinteressen seiner Bürger abzudecken.

Auch ein Land wie Russland hat, wie Wladimir Putin anlässlich des „Fall Snowden“, festgestellt, eine unabhängige Außenpolitik und will diese auch entsprechend umsetzen. Und diese unabhängige Außenpolitik kann auch dazu führen, dass bilateral oder in internationalen Organisationen, eigenständige Allianzen gebildet werden. Das heißt aber nicht, dass, wie in früheren Epochen, für ein Land wie Russland, die machtpolitischen Bestrebungen die Außenpolitik beherrschen. Gleichzeitig kann man nämlich feststellen, dass der Wirtschaftsaustausch mit der

Europäischen Union ausgebaut wird, dass es darum geht, die Energiepolitik auch mit West- und Mitteleuropa abzustimmen; und dass auch die Lebensbedingungen im Lande selbst berücksichtigt werden müssen.

Es wird auch in Zukunft Länder geben, die für die „Internationale Gemeinschaft“ als Außenseiter gelten; und solche, die sich etwa dem Nichtverbreitungsverbot von Atomwaffen widersetzen. In diesen Grauzonen ist es manchmal nicht klar, ob Erfolge eher durch Kooperation oder durch Konfrontation erzielt werden können. Insgesamt kann man aber wohl sagen, dass Lösungen dort, wo es um die Existenzsicherung der Menschen geht, nur auf Zusammenarbeit beruhen können.

III. Neue Außenpolitik: Existenzsicherung durch Zusammenarbeit

1) Neue Ziele: Eine Außenpolitik im Dienst der Menschen

Ging es in der Außenpolitik die längste Zeit um die Macht der Staaten und deren Einfluss, so geht es heute in den internationalen Beziehungen in einem ganz entscheidenden Ausmaß um die Sicherung der Existenz der Menschen und um deren Wohlfahrt. Das Wohlfahrtsdenken, zunächst Grundlage der westlichen Wohlfahrtsstaaten hat eine internationale Dimension erreicht.

Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrisen der letzten Jahre haben gezeigt, dass der Zusammenbruch der Banken in New York starke Auswirkungen auf Europa hat; und der Rückgang des Wirtschaftswachstums in China trifft auch die USA.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik werden auf Gipfeltreffen genauso behandelt, wie die Bankenkrise und der Umweltschutz.

Neue Herausforderungen und Gefahren, denen nur international wirkungsvoll entgegengetreten werden kann, gibt es auch im Gesundheitsbereich, von neuen Krankheiten bis zum Schutz der Nahrungsmittel. Wenn Gesundheitsfragen schon in der Vergangenheit eine internationale Zusammenarbeit notwendig gemacht haben, so sind nunmehr neue Dimensionen entstanden, wie die weltweite AIDS-Epidemie zeigt. Durch die modernen Agro-Industrien wirken sich Lebensmittelvergiftungen

ganz anders aus, als bei einer Struktur von bäuerlichen Kleinbetrieben und der ganze Fragenkomplex der Gen- und Biotechnik muss ohnehin international erst ausdiskutiert werden.

Damit sind im Bereich der internationalen Beziehungen nicht nur eine Reihe neuer Herausforderungen entstanden, die Legitimität dieser Beziehungen wird in Zukunft ganz entscheidend davon abhängen, wie weit die gegebenen Probleme von den Außenministerien, Diplomaten und internationalen Organisationen im Sinne der betroffenen Menschen gelöst werden können. Waren die auswärtigen Beziehungen durch Jahrhunderte hindurch ein „domaine réservé“ des Staatsoberhauptes, so geht es nunmehr darum, auch bei internationalen Fragen Lösungen zu finden, die von den Bürgern akzeptiert werden. Im folgenden wird daher aufgezeigt, wie versucht wird, im Rahmen von Großkonferenzen für all diese Fragen ein Problembewusstsein zu schaffen und, wenn möglich, auch Lösungen zu finden.

2) Neue Mittel: Internationale Organisationen, Großkonferenzen und Aktionspläne

Wenn ein wesentliches neues Ziel der internationalen Politik darin besteht, weltweit menschliches Leid zu mildern, ja eine Wohlfahrtsgesellschaft zu verwirklichen, dann kann als entsprechendes neues Instrument zur Erreichung dieses Zieles die Durchführung von Großkonferenzen genannt werden. Ging es bei den klassischen diplomatischen Konferenzen darum, über Krieg und Frieden, über die neue Verteilung von Territorien und Herrschaftsansprüchen zu entscheiden, so haben die Großkonferenzen des Medienzeitalters eine andere Aufgabe: Durch die demonstrative Zusammenkunft von Delegierten zahlreicher Staaten, der Zivilgesellschaft oder von Interessenvereinigungen soll die „Aufmerksamkeit der Welt“ auf bestimmte Probleme und, wenn möglich, auch auf Lösungsvorschläge gelenkt werden. So gab es in den 90er Jahren Großkonferenzen zu den verschiedensten Themen der Entwicklungspolitik, des Umweltschutzes, zur Gleichbehandlung der Frauen und der Kinder, zu Bevölkerungswachstum und zur Bildungspolitik.

War die Verwirklichung des Modells eines Wohlfahrtsstaates zunächst die tragende Idee einiger Länder in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, so hat sich später auch in der internationalen Gemeinschaft der Gedanke durchgesetzt, dass es soziale Grundrechte gibt.

Um die Weltöffentlichkeit auf die Probleme von Armut, Hunger und AIDS aufmerksam zu machen, sind die Vereinten Nationen im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts dazu übergegangen, durch Großkonferenzen einzelne Problembereiche zu thematisieren. Die Zusammenkunft von Tausenden von Delegierten hat Vertretern von Staaten, von Interessensgruppen und der Zivilgesellschaft die Möglichkeit gegeben, Standpunkte klarzulegen, Lösungen aufzuzeigen, und vor allem auch eines: Durch eine intensive Berichterstattung in zahlreichen Medien das Interesse der öffentlichen Meinung zu gewinnen.

Damit unterscheiden sich diese Großkonferenzen in ihrem Charakter und in ihrer Zielsetzung sehr wesentlich von früheren diplomatischen Zusammenkünften. Ging es bei früheren Kongressen darum, hinter verschlossenen Türen so lange zu feilschen, bis man den Interessen des eigenen Landes gerecht wurde, so geht es bei den heutigen Großkonferenzen darum, gemeinsam durch ein möglichst starkes öffentliches Auftreten einen optimalen Druck zur Lösung internationaler Herausforderungen zu erreichen.

Wurden die klassischen diplomatischen Konferenzen stets von jenen Mächten dominiert, die ihre Außenpolitik auf ein starkes Machtpotential abstützen konnten, so können sich bei jenen Großkonferenzen, die auf die Förderung der Wohlfahrt ausgerichtet sind, auch jene Länder durchsetzen, die Diplomatie mit Engagement verbinden. Dieser Wandel ermöglicht eine neue Rolle für kleinere und mittlere Staaten in der internationalen Politik.

Von den Großkonferenzen, die von den Vereinten Nationen durchgeführt wurden, sollen nur folgende erwähnt werden:

- Weltkonferenz „Erziehung für alle“ (Jomtien 1990)
- Welt-Bevölkerungskonferenz (Kairo 1994)

- Weltgipfel über soziale Entwicklung (Kopenhagen 1995)
- Konferenz der Vereinten Nationen zur Errichtung von Wohnstätten Habitat II (Istanbul 1996)
- Welternährungsgipfel (Rom 1996)
- Millenniumsgipfel (New York 2000)
- Internationale Konferenz über Entwicklungs-Finanzierung (Monterrey 2002)
- Konferenz von Rio über Umweltfragen (1992)
- Weltgipfel zum Wohl der Kinder (New York 1990)
- Welt-Menschenrechtskonferenz (Wien 1993)

Was war das Ergebnis all dieser Konferenzen? Wie immer man dazu steht, ob man die kurzfristigen Auswirkungen betrachtet oder die langfristigen; die Verankerung der Beschlüsse in den teilnehmenden Staaten und deren Durchführung; eines kann man wohl sagen: Wo immer in der Welt Menschen den Ablauf dieser Konferenzen im Fernsehen verfolgten, davon gelesen oder gehört haben, sie haben ein Anspruchsdenken entwickelt. Aufgrund dieser Konferenzen hat sich in den verschiedensten Gegenden der Welt die Meinung gebildet, dass auch die Internationale Gemeinschaft für die existenzielle Sicherheit der Menschen verantwortlich ist. Regierungen werden dann dafür verantwortlich gemacht, ob sie diesen Vorstellungen gerecht werden.

3) Die neuen Player

Im letzten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts hat sich die Welt gewaltig verändert: Die Sowjetunion und Jugoslawien sind auseinandergefallen, Deutschland wurde wieder vereinigt. Sprach man noch in den 80er Jahren von einer auf der Grundlage einer sozialistischen Planung aufgebauten "Neuen Wirtschaftsordnung", so haben sich tatsächlich Liberalismus und Freihandel durchgesetzt. Selbst das kommunistische China wurde kapitalistisch. Neue Kommunikations-Technologien wurden eine wesentliche Grundlage der in den verschiedenen Bereichen stattfindenden Globalisierung und Menschenrechte, Umweltschutz, Frauenemanzipation und Kinderarbeit erhielten eine weltweite Resonanz.

Diese Veränderungen im internationalen Bereich haben in einem ganz entscheidenden Ausmaß auch deshalb stattgefunden, weil neben den bisherigen Akteuren, den Nationalstaaten, neue Player aufgetreten sind. Diesen gelang es, ein neues politisches Denken zu mobilisieren und so umzusetzen, dass die bestehenden Strukturen dem neuen Druck nicht standhalten konnten.

Von diesen neuen Playern sollen hier die Non-Governmental Organisations (NGOs), die Medien und die multinationalen Konzerne näher betrachtet werden.

3.1. Non-Governmental-Organisations (NGOs)

Schon 1970 wurde die Zahl der internationalen NGOs mit 2.296 angegeben, wobei diese die unterschiedlichsten Bereiche umfassten: Religiöse Gruppen genauso wie politische Vereinigungen, Interessensvertretungen ebenso wie Akademien, Sport- oder Kulturverbände.

In den letzten Jahren ist die Zahl der NGOs ins fast Unermessliche gestiegen. Von der UNO wurde bereits in den 90er Jahren die Zahl von 29.000 internationalen NGOs genannt, jene der nationalen ist um ein Vielfaches größer. Hatten 1948 nur 41 NGOs offiziellen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, so waren es 40 Jahre später schon über 1.000.

Es sind wohl mehrere Gründe, die in den letzten Jahren zu einem fast explosionsartigen Anwachsen der NGOs geführt haben: Beeinflusst von der Studentenbewegung des Jahres 1968 hat das Bewusstsein zugenommen, die Welt nicht mehr einfach so hinzunehmen, wie sie war. Umweltschützer, Verteidiger der Menschenrechte und andere Bürgerbewegungen vertraten - auch im internationalen Einklang - die Meinung, zuständige staatliche Stellen würden bestimmten Problemen nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Auch wenn die "Geschichte des Ungehorsams" in der westlichen Zivilisation eine lange Tradition hat, vom Naturrecht, der Anti-Sklavenbewegung in den USA bis hin zu Mahatma Gandhi und Martin Luther King, die Protest- und Aktionsgruppen von Greenpeace bis Amnesty International demonstrierten neue Möglichkeiten des zivilen Ungehorsams. Damit fanden sie auch, vor allem bei der jungen Generation, erheblichen Anklang.

Dazu kam, dass die internationale Staatengemeinschaft auf manche der neuen Herausforderungen einfach nicht entsprechend vorbereitet war. Lange Zeit konzentrierte sich die Diplomatie auf die Bereiche Krieg und Frieden. Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren kam es zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Wirtschafts- und Währungspolitik. Es bedurfte dann der Initiative unabhängiger Gruppen, die um 1970 darauf hinwiesen, dass verschiedene Entwicklungen zu einer Zerstörung der Umwelt führten und dass die Gleichsetzung von Wachstum und Wohlstand nicht linear fortgesetzt werden konnte.

Auch andere Entwicklungen trugen zur wachsenden Bedeutung der NGOs bei: Die in einzelnen Industriestaaten durchgeführte Privatisierung staatlicher Aufgaben führte dazu, dass manche Aufgaben, etwa im Bereich der Entwicklungshilfe, verstärkt an NGOs übertragen wurden. Andere, wie etwa der World Jewish Congress, haben an Selbstbewusstsein gewonnen und sich auch international stärker in Szene gesetzt.

Jedenfalls gibt es heute eine Unzahl von NGOs, die oft eine sehr medienwirksame Art erfunden haben, sich in Szene zu setzen, indem man versucht, ein bestimmtes Image zu projizieren: Klein gegen Groß, Mensch gegen Saurier, reines Leben gegen industrielle Zerstörung. Vor dem Bayer-Werk in Leverkusen seilen sich Öko-Kämpfer mit Spruchbändern von der Rhein-Brücke ab; Greenpeace kämpft nicht nur gegen die Versenkung der Ölplattform "Brent Spar" in der Nordsee durch den Öl-Multi Shell, sondern macht daraus ein Symbol des Widerstandes. Um auf die Gefahren des Atomkraftwerkes Bohunice hinzuweisen, wird ein Memorial aus 5.000 Kreuzen aufgestellt. Aktivisten besteigen den Schornstein eines Kraftwerks, das noch Braunkohle verheizt; Die einen ketten sich an Eisenbahnschienen fest, andere unternehmen einen spektakulären Ballonflug: Wichtig ist immer, dass die Inszenierung stimmt und die bestellten TV-Kameras an Ort und Stelle sind.

Für die jüngste Entwicklung der internationalen Beziehungen ist jedenfalls wesentlich, dass NGOs oft jenen Raum ausfüllen, der zwischen Bürger und Regierung besteht, dass sie eben eine neue internationale „Civil Society“ darstellen. Durch oft spektakuläre Aktionen haben NGOs nicht nur wesentlich zur

Bewusstseinsbildung in den verschiedensten Bereichen beigetragen, sie sind auch ein Faktor der internationalen Willensbildung geworden. In den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Entwicklungshilfe spielen NGOs heute eine Rolle, die jene vieler Nationalstaaten übersteigt.

3.2. Medien

Die Macht der Medien im internationalen Bereich soll hier an Beispielen von CNN (Cable News Networks), wobei aber auch andere weltweit ausgestrahlte Fernsehprogramme, wie jene von Al-Jazeera oder France 24 eine erhebliche Rolle spielen.

Die öffentliche Meinung hat während der letzten Jahrzehnte, auch bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen, entscheidend an Bedeutung gewonnen: Die amerikanischen Präsidenten Truman und Kennedy konnten ihre Popularität durch das Engagement in Korea bzw. während der Kuba-Raketen-Krise dramatisch steigern, Richard Nixon hoffte, einen ähnlichen Effekt mit einem Gipfeltreffen mit Sowjetführern als Zeichen der Entspannung zu erreichen. In Österreich ging Julius Raab nach dem Abschluss des Staatsvertrages als „Freiheitskanzler“ in die Geschichte ein, und in Deutschland konnte Willy Brandt seine Popularität auch auf den Abschluss der Ostverträge aufbauen.

Es war aber CNN vorbehalten, „to push the boundaries of world news“. Durch die Errichtung eines „Cable News Networks“, das die ganze Welt umspannte, konnten Menschen plötzlich in „212 countries and territories“, also praktisch überall gleichzeitig miterleben, wie die Berliner Mauer fiel, wie Bagdad bombardiert wurde oder wie der Putsch in Moskau scheiterte.

Insgesamt kann die „CNN Newsgroup“ mit sechs Kabel- und Satellitennetworks weltweit von 800 Millionen Menschen empfangen werden, allein in den USA von 77 Millionen Haushalten - und das 24 Stunden am Tag.

CNN berichtet nicht nur über Ereignisse, ein Ereignis ist vielmehr erst ein solches, wenn CNN darüber berichtet. Die Übertragung von der Unterdrückung der Studentenunruhen am „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking hat erst der

Weltöffentlichkeit den repressiven Charakter des Regimes gezeigt. Während des Golfkrieges erreichte CNN überhaupt offiziellen Charakter, wenn Präsident Bush feststellte, er würde über das Kampfgeschehen mehr von CNN als über die CIA erfahren. Sowohl von amerikanischer Seite als auch von Saddam Hussein wurde damals versucht, CNN dazu zu benutzen, die internationale öffentliche Meinung im eigenen Sinne zu beeinflussen. Als dann Larry King noch dazu überging, Meinungen aus aller Welt zu den aktuellen Ereignissen diskutieren zu lassen, wurde zum ersten Mal ein Forum geschaffen, in dem internationale Ereignisse weltweit und „live“ besprochen werden konnten.

Natürlich gibt es auch eine Reihe von anderen internationalen Nachrichtenagenturen und unzählige Korrespondenten. Allein Associated Press (AP) hat weltweit 240 Büros mit 3.500 Mitarbeitern in 72 Ländern. 8.500 Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen werden von AP weltweit versorgt, dazu kommen noch 1.550 Zeitungen und 6.000 Radio- und TV-Stationen in den USA.

Aber es ist CNN, das, wie keine andere Institution, drei Entwicklungen der internationalen Berichterstattung in dramatischer Weise symbolisiert: Es ist CNN, das immer wieder demonstriert, wie das internationale Geschehen immer weniger von einzelnen Nationalstaaten kontrolliert wird. Zweitens: Fernsehauftritte verschaffen Legitimität. Haben Regierungschefs oder Ministerpräsidenten früher geplante Maßnahmen zunächst vor den nationalen Parlamenten verkündet oder auch versucht, über die Volksvertretungen eine Zustimmung zu ihren Entscheidungen zu erhalten, so wartet heute alles auf Pressekonferenzen, um über die Aufnahme von Bombardierungen, die Verhängung von Sanktionen oder den Beginn von Friedensgesprächen informiert zu werden. Drittens: Was nicht am Fernsehschirm von CNN ist, gibt es im internationalen Geschehen nicht. So beklagte Nelson Mandela bei einem Auftritt vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vergeblich, dass ein Bürgerkrieg in Burundi mit 200.000 Toten von der Weltöffentlichkeit unbemerkt geblieben war, genauso, wie ein Krieg im Kongo, der ebenfalls Tausende Opfer forderte. Aber diese Ereignisse hat eben CNN nicht entsprechend „gecovered“.

Damit stellt sich die Frage, wieweit Außenpolitik im Fernsehzeitalter überhaupt noch möglich ist.

Sieht man also, wie öffentliche Meinung und Meinungsumfragen unterschiedlichen „Stimmungsbildern“ unterworfen sind, stellt sich die Frage, ob heute eine vorausschauende Außenpolitik, die an den Interessen des eigenen Landes und an den Prinzipien der „human security“ ausgerichtet ist, überhaupt noch möglich ist.

Das Fernseh-Zeitalter verlangt, dass rasch und überall dort agiert wird, wo irgendwo in der Welt Krisen aufgezeigt werden. Entscheidungen müssen vor laufender Kamera - also rasch - und so getroffen werden, dass selbst widersprüchliche Interessen erst gar nicht als solche in Betracht gezogen werden.

Die Folge ist, dass es bei einem solchen „Entscheidungsprozeß“ erst gar nicht um die Lösung von Problemen geht, sondern darum, dass irgend etwas angekündigt oder getan wird. Wichtig ist, den Interviewpartner oder den Zuseher im Augenblick zufriedenzustellen. Etwa nach dem Motto: eine Krise ist ausgebrochen. „no problem, we are going to take action“. Eine Regierung soll zur Vernunft gebracht werden? Auch dieses Problem kann man vor laufender Kamera sofort „lösen“: Ein Krisenstab wird eingesetzt. Im äußersten Fall können auch Wirtschaftssanktionen oder „air strikes“ angekündigt oder angedroht werden.

Wichtig ist, dass der Fernsehzuseher für den Augenblick zufriedengestellt und der Eindruck erweckt wird, „es wird schon etwas unternommen“. Diese „something will be done“ -Entscheidungen haben zunächst den Vorteil, dass man den genauen Inhalt nicht festlegen muss. Damit können die einen in der Erwartung gelassen werden, es würde ihnen geholfen, die anderen in der Hoffnung, vorgesehene Maßnahmen würden schon nicht zu viele Opfer verlangen. Bis die gemachten Ankündigungen dann tatsächlich zum Tragen kommen, sind die ursprünglichen Intentionen meist vergessen oder es gibt ohnehin schon neue Akteure.

Dazu kommt noch eines: Man verlangt von der internationalen Gemeinschaft überall und weltumspannend, also von Osttimor über Ruanda, einzugreifen und jede Krise zu bewältigen. Bismarck konnte sich vor wichtigen Entscheidungen noch wochenlang auf sein Landgut zurückziehen und auf wesentliche Aufgaben

konzentrieren. Es stieß auch nicht auf Kritik, wenn der Gründer des Deutschen Reiches feststellte, dass die Vorgänge auf dem Balkan „nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert wären“. Und noch John F. Kennedy konnte sich ähnlich äußern, wenn er in seinem Präsidentschaftswahlkampf feststellte: „Quemoy and Matsu are not worth the bones of one single American soldier.“

Das war vor einer Generation noch möglich. Im Fernseh-Zeitalter hingegen wird verlangt, dass überall eingeschritten wird, wo irgendein Reporterteam eine Krise ausfindig gemacht hat. So sehr die Globalisierung mit sich bringt, dass Probleme weltweit gesehen werden und - was durchaus positiv ist - die internationale Gemeinschaft für Menschenrechtsverletzungen, Krisen und Bürgerkriege ein Gefühl der Verantwortung entwickelt, so muss auch die Frage nach Erfolgsaussicht und Zweckmäßigkeit eines Krisenmanagements überdacht werden können. Vor allem wäre zu erörtern, ob das „Subsidiaritätsprinzip“ nicht als internationales Ordnungsprinzip stärker bedacht werden sollte.

Heute betreffen außenpolitische Entscheidungen nicht nur weltweite Implikationen, es muss über sie auch rasch, am besten vor laufender Kamera, entschieden werden. Beim Wiener Kongress nahm man sich noch ein Jahr Zeit, nach einer neuen Ordnung für Europa zu suchen. Der darauf aufbauende Friede hielt tatsächlich hundert Jahre. Auch beim Berliner Kongress war es noch möglich, unterschiedliche Interessen nach eingehenden Diskussionen aufeinander abzustimmen. Und selbst die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und China unter Richard Nixon konnte noch in Stille vorbereitet werden.

Hingegen verlangt man heute Entscheidungen am besten unmittelbar auf die gerade gestellte Frage. Wichtig ist nicht so sehr, was bei diversen Treffen tatsächlich besprochen wird, sondern vielmehr, was nachher den Medien präsentiert wird. Ja manche internationale Veranstaltungen finden für eine Pressekonferenz statt, nicht umgekehrt. Damit bewirkt das Fernsehzeitalter eine ganz neue, entscheidende Entwicklung: Es sind nunmehr die Medien, die die Politik machen, während sich viele Politiker darauf beschränken, diese bestenfalls zu interpretieren. Ganz in diesem Trend liegen auch internationale Großkonferenzen. Sie erwecken oft mehr den Anschein eines Medienspektakels als eines Gremiums, bei dem Weichen für die

Zukunft gestellt werden. Bescheidenste Kompromisslösungen werden für das heimische Fernsehpublikum als großer Fortschritt und Erfolg hingestellt.

Das Fernseh-Zeitalter verlangt also von der Außenpolitik nicht mehr so sehr Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Abstimmung mit den Interessen des eigenen Landes, sondern Unmittelbarkeit, am besten verbunden mit einem spektakulären Effekt. Die Frage ist dann allerdings, wie in einer Zeit, in der schon wegen der Vielzahl der Player und der Unterschiedlichkeit der Interessen bereits auftretende anarchische Tendenzen verhindert werden können. Mit einer „internationalen Ordnung“ sollen auch in Zukunft die Begriffe Friede und Stabilität in Einklang gebracht werden können. Dies verlangt aber mehr als Live-Übertragungen und Stellungnahmen, die lediglich auf den Augenblick ausgerichtet sind.

3.3. Multinationale Konzerne

Die multinationalen Konzerne wurden immer mehr ein Faktor auch der internationalen Beziehungen, und dies sowohl im politischen und wirtschaftlichen Bereich, als auch im täglichen Leben.

Die „Multis“ sind also ein ganz entscheidender politischer Faktor geworden. Schon die Tatsache, dass viele von ihnen einen Umsatz haben, der das BIP der meisten Staaten erheblich übersteigt, zeigt dies sehr deutlich. Tatsächlich können „Multis“ in vielen Fällen so agieren, dass sie der staatlichen Kontrolle entzogen sind. Die Staaten sind auf die „Multis“ oft mehr angewiesen als umgekehrt.

Regierungen können versuchen, durch Subventionen multinationale Konzerne anzuziehen, entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, eine weitere Beeinflussung unternehmenspolitischer Entscheidungen erweist sich jedoch meistens als äußerst schwierig. Sind die Rahmenbedingungen für eine liberale Wirtschaftspolitik gesetzt, so kann eine nationale Regierung weder das Zusammengehen von Unternehmen, den Kauf oder Verkauf von Betrieben, noch die Kündigung von Mitarbeitern verhindern.

Tatsächlich stehen einem Konzern, der weltweit agiert, viele Möglichkeiten offen, um nationalstaatliche Maßnahmen, ja selbst um Märkte zu umgehen: Bei Transaktionen zwischen Zweigbetrieben in verschiedenen Ländern können Finanzkontrollen genauso umgangen werden wie Handelssanktionen oder Produktionskontrollen. Wie groß das innerhalb von internationalen Konzernen getätigte Handelsvolumen ist, kann man daraus ersehen, dass man annimmt, ein Drittel des gesamten Welthandels fällt unter diese Kategorie. Allein durch die willkürliche Festsetzung von „Preisen“ von Gütern, die innerhalb eines Unternehmens getauscht werden, kann das steuerpflichtige Aufkommen beeinflusst werden. Im Falle eines Wirtschaftsboykotts ist es zwar möglich, den direkten Handel mit einem anderen Land zu unterbinden, nicht aber den über Drittländer bzw. über Zweigbetriebe von Konzernen in Drittländern.

Damit wurde eines klar: Ein Begriff wie „Nationalökonomie“ wurde genauso hinfällig wie der der „Volkswirtschaft“, weil einfach ein moderner Industriestaat keine eigene, unabhängige Wirtschaft mehr hat. Integrale Teile der nationalen Souveränität, die Kontrolle über Währung und Handel, werden durch die den großen transnationalen Unternehmungen gegebenen Möglichkeiten wesentlich eingeschränkt. Verschiedene Währungskrisen haben immer wieder gezeigt, dass selbst Regierungen größerer Länder gegenüber internationalen Spekulationen und gegenüber Großbanken hilflos sind.

Ein „Multi“ kann, wenn die Konzernführung etwa mit der Umwelt-, Steuer- oder Sozialpolitik bzw. mit den Gewerkschaften eines Landes nicht einverstanden ist, in ein anderes Land ausweichen. Die nationalstaatliche Hoheit kann aber schon dadurch abgeschwächt werden, dass sich die Verwaltung eines Konzerns in einem, die Produktionsstätten hingegen in einem anderen Land befinden. So ist selbst die US-Regierung mit dem Vorhaben gescheitert, die westeuropäische Beteiligung der in Europa angesiedelten amerikanischen Betriebe am Bau einer Gas-Pipeline zu verhindern, nachdem in Polen 1981 der Ausnahmezustand ausgerufen worden war.

Da viele „Multis“ einen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt sind, können sie sich nur behaupten, wenn sie sich weltweit mit ihren Produkten durchsetzen können. Dies

ist einerseits der Grund für manche „Fusionen von Giganten“ andererseits führt es dazu, dass es in einigen Branchen überhaupt nur mehr einige Konzerne gibt.

Insgesamt war etwa zu Beginn des neuen Jahrtausends die Konzentration in der Autoindustrie schon derart stark, dass alleine die fünf größten Hersteller – General Motors, Ford, Volkswagen, Toyota und Daimler-Chrysler – 51 Prozent der gesamten Weltproduktion erzeugten. Die Elektroindustrie ist jener Bereich, bei dem zuallererst Teile der Produktion aus Kostengründen in Entwicklungsländer ausgelagert wurden; und die weltweite Konkurrenz in der Computer-Industrie hat dazu geführt, dass sehr bald einige wenige US-amerikanische und japanische Firmen den Weltmarkt beherrschten.

Besonders in der Chemie- und pharmazeutischen Industrie hat ein weltweiter Konzentrationsprozess stattgefunden; und auch in der Textil-, Bekleidungs- und Sportartikel-Industrie gibt es nur mehr einige weltweit agierende Firmen wie Nike, Reebok, Benetton oder Amer.

Die neuen Player haben das Machtgefüge in den internationalen Beziehungen gewaltig verändert: Das Machmonopol der Staaten wurde gebrochen; neue Themen erhielten, unterstützt von den neuen Playern, einen besonderen Stellenwert; von den Menschenrechten bis zur Entwicklungspolitik, vom Umweltschutz bis zur Gesundheit. NGOs können, unterstützt von den Medien, den Ausgang internationaler Konferenzen stark beeinflussen; und Großkonzerne sind in der Lage, selbst Staaten ihr gesetztes Handeln aufzuzwingen. Und noch etwas: War es früher den Staaten weitgehend selber überlassen, wieweit sie die Normen des Völkerrechtseinhalten wollten, so gibt es heute eine Unzahl von Indizes, die Verhaltensmuster festlegen und deren Einhaltung durch die neuen Player kontrolliert und kommentiert wird. Nur einige Beispiele:

- Der „Democracy Index“ wurde von der Wochenzeitschrift „The Economist“ geschaffen und misst den Stand der Demokratie in 167 Ländern nach folgenden Kriterien: Politischer Pluralismus und die Durchführung von Wahlen; das Ausmaß der bürgerlichen Freiheiten; Funktionsfähigkeit von Regierung und Verwaltung; Möglichkeit der Mitgestaltung in der Politik und politische

Kultur. Entsprechend der Einhaltung dieser Kriterien werden die Länder dann eingestuft und qualifiziert.

- Der „Human Vulnerability Index“ beurteilt, wie lebenswert die Umwelt eines Landes ist und misst den Klimawandel in einzelnen Regionen. Beurteilt werden der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Umwelt; die Kindersterblichkeit und die Wasserqualität; die Häufigkeit von Naturkatastrophen und andere Umweltfaktoren, die das Leben beeinflussen.
- Der „Environmental Sustainability Index“ wurde von der Universität Yale in Zusammenarbeit mit der Universität Columbia geschaffen. Dabei werden 146 Länder danach gemessen, wieweit sie in der Lage sind die Umwelt und die Natur gegen Umweltverschmutzung zu schützen; und wieweit es ihnen gelingt, die Natur menschengerecht zu erhalten.

IV. Wie kam es zu diesen grundlegenden Veränderungen

Auf einige Entwicklungen, die dazu geführt haben, dass sich Sicherheit und Macht in den internationalen Beziehungen wesentlich geändert haben, wurde bereits hingewiesen: Die Bildungsrevolution und die Informationsrevolution spielten eine entscheidende Rolle, wobei beide im Zusammenhang mit den neuen Player gesehen werden müssen. Hier sollen noch zusätzlich jene Veränderungen aufgezeigt werden, die wesentlich zu diesem neuen Erscheinungsbild der internationalen Beziehungen beigetragen haben: Die Revolution in der europäischen Diplomatie; die Tatsache, dass es immer schwieriger wird, Kriege zu gewinnen; sowie die zunehmende Aushöhlung der Souveränität eines jeden Staates.

1) Die Revolution in der europäischen Diplomatie

Der 1949 gegründete Europarat hat sich zum Ziel gesetzt, die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten auf eine neue Grundlage zu stellen, nämlich auf gemeinsame Werte. Die Logik des Krieges wurde durch eine Logik der Werte ersetzt. Damit wurde Außenpolitik nicht mehr als Machtpolitik gesehen, sondern wurde betrieben zur Verbesserung der Wohlfahrt der Bürger.

Das ist nicht eine Frage, ob die einzelnen Staaten in Verfolgung ihrer Außenpolitik „hard power“ oder „soft power“ einsetzen sollen. Die Revolution in der europäischen Diplomatie geht weit über diese Denkmuster hinaus. Die Ausweitung der eigenen Macht ist in der europäischen Außenpolitik überhaupt kein Ziel mehr, es geht vielmehr um die Verbesserung der Wohlfahrt der Bürger.

In diesem Sinne setzten sich die Mitglieder des Europarates das Ziel, die Menschenrechte in ihren Ländern auszubauen und deren Einhaltung durch einen gemeinsamen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte sicherzustellen. Alle Mitgliedstaaten bekannten sich zur pluralistischen Demokratie und zur Rechtstaatlichkeit.

Der Europarat war bemüht, die gemeinsame kulturelle Identität der Mitglieder zu fördern und Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu finden, von der Diskriminierung der Minderheiten bis zur Umweltverschmutzung; vom Terrorismus bis zum Drogenhandel und dem organisierten Verbrechen.

Tatsächlich gelang es, unter den Mitgliedern des Europarates die Stabilität durch Demokratie zu fördern; den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Rahmen für die Rechtstaatlichkeit auszubauen.

Der Europarat ist ein Erfolgsmodell. Er trug wesentlich dazu bei, zunächst in Westeuropa, auf unserem Kontinent eine Friedenszone zu schaffen. Dies führt zu der immer wieder aufgeworfenen Frage, ob man sagen kann, dass Demokratien untereinander keine Kriege führen. In dieser allgemeinen Form lässt sich diese Aussage wohl nicht halten. Einerseits führen Demokratien immer wieder Kriege gegen andere Länder; und auch in Demokratien kann die Bevölkerung sehr wohl zu einer Kriegsbegeisterung hingerissen werden. Was den Europarat als Erfolgsmodell für die Schaffung einer Friedenszone auszeichnet, ist wohl folgendes:

- Der Europarat hat nicht nur festgelegt, dass die Mitgliedschaft eines Staates daran gebunden ist, dass diese eine demokratische Verfassung hat, die Einhaltung und Umsetzung der demokratischen Werte wird von gemeinsamen Institutionen überprüft. Damit verbunden ist die Zusammenarbeit in unzähligen

Bereichen, sowohl was die Institutionen der Regierungen betrifft, als auch jene der Zivilgesellschaft.

- Der Europarat legt für seine Mitglieder auch das generelle Ziel fest, den sozialen Fortschritt in Europa zu fördern. Das ist ganz wesentlich. Denn damit war das Ziel der Außenpolitik der einzelnen Länder die Vergrößerung der Macht bzw. die nationale Größe; es ging um die Förderung der Wohlfahrt der Bürger. Damit wurde ein weites Feld der Zusammenarbeit geschaffen, das etwa folgende Aktivitäten umfasst: Menschenrechte, Medien, Gesundheit, Bildung, Kultur, Umwelt, Raumordnung und Demokratie in den Gemeinden.
- Damit ist es gelungen, die Prioritäten der Bevölkerung auf die Absicherung und den Ausbau der menschlichen Existenz zu lenken. sobald in einer Demokratie dieser politische Zielrichtung verfolgt wird, ist wohl die Garantie dafür gegeben, dass den Menschen die persönliche Wohlfahrt wichtiger ist als die „nationale Größe“.

2) Kann man Kriege noch gewinnen?

Um diese Frage gleich zu beantworten: es wird immer schwieriger. Ein amerikanischer Militärexperte sagte einmal, dass die 19-Jährigen in der US-Armee zu einer „killing-maschine“ ausgebildet werden. Also um zu töten und zu zerstören. Aber wenn das vor Fernsehkameras stattfindet, alles überwacht von Menschenrechts-Organisationen, und wenn dann die Verantwortlichen noch in parlamentarischen Hearings über ihr Vorgehen aussagen müssen, wo ist da ein effizienter Einsatz der Waffen noch möglich. Dazu passt auch, dass im Juni 2013 in Großbritannien ein Höchstgericht dahingehend urteilte, dass Familien von Soldaten, die im Irak-Krieg getötet oder verwundet wurden, den Staat wegen „mangelndem Schutz in Kampfhandlungen“ klagen können.

So ist es auch wohl zu erklären, dass die USA und ihre Alliierten, trotz drückender militärischer Überlegenheit, nach 10 Jahren Krieg im Irak die erklärten Ziele, dem Land Demokratie und Wohlstand zu bringen, bei weitem nicht erreichen konnten. Im Gegenteil: Zehn Jahre nach Beginn der amerikanischen Invasion ist das Land am Rande eines Bürgerkrieges; es gibt regelmäßig Sprengstoff-Attentate und hunderttausende Flüchtlinge verlassen jährlich den Irak. Ähnlich die Situation in

Afghanistan: Obwohl Milliarden Dollar ausgegeben wurden, um das Land militärisch zu befrieden und viel Geld, um es wieder aufzubauen, ist die Situation kaum besser als im Irak.

Angesichts der militärischen Siege, die auch während der letzten Jahre der Welt immer wieder verkündet wurden, scheint die Frage, ob man heute Kriege noch gewinnen kann, sehr gerechtfertigt. Zu präsent ist noch die Erklärung von Präsident George W. Bush auf dem Flugzeugträger USS Abraham Lincoln, als er unter dem Motto "Mission Accomplished" den Sieg im Irak-Feldzug verkündete. Und nur eineinhalb Jahre vorher hatten die amerikanischen Streitkräfte die Taliban-Regierung in Afghanistan entscheidend geschlagen. Selbst Slobodan Milosevic musste 1999 im Kosovo einlenken, nachdem sein Land einige Wochen lang Bombardements der Alliierten ausgesetzt war.

Aber gerade im Zusammenhang mit den drei genannten Konflikten kann man feststellen, dass die ursprünglich gesetzten Kriegsziele bei weitem nicht erreicht wurden: Im Irak wurden eineinhalb Jahre nach Beendigung der offiziellen Kampfhandlungen immer noch amerikanische Soldaten getötet, schwere Auseinandersetzungen zwischen den Irakern verunsichern das Land. In Afghanistan kontrolliert die von den Amerikanern eingesetzte Regierung gerade die Hauptstadt Kabul. In den Provinzen herrschen die Kriegsherren und der Drogenhandel blüht. Und auch im Kosovo konnte ein friedliches Zusammenleben zwischen Serben und Albanern nicht erreicht werden.

Diese Entwicklungen werfen die grundsätzliche Frage auf, welche Erfolgchancen Kriege im 21. Jahrhundert noch haben.

2.1. Das Wesen des Krieges

Tatsächlich konnten in der Vergangenheit ganze Epochen der Weltgeschichte durch Schlachten und Kriege entschieden und gestaltet werden: durch Kriege wurden Länder erobert und Reiche gegründet, von Alexander dem Großen bis zu Napoleon. Die Sieger dieser Schlachten gingen als bedeutende Gestalten in die Weltgeschichte ein und erfreuten sich allgemeiner Heldenverehrung. Kriege brachten aber nicht nur territoriale Gewinne, auch ideologische und selbst religiöse Auseinandersetzungen wurden mit Waffengewalt entschieden. Der Herrscher

bestimmte demnach nicht nur das Glaubensbekenntnis seiner Untertanen ("cuius regio, eius religio"), noch im "Kalten Krieg" ging es darum, die militärische Macht zur Abstützung der eigenen ideologischen Überzeugung einzusetzen.

Worum ging es dabei? Worin bestand durch Jahrhunderte das Wesen des Krieges? Eben darin, dass jemand versuchte, einem anderen durch physische Gewalt seinen Willen aufzuzwingen, wie schon General Carl von Clausewitz feststellte. Kriege waren demnach ein Gewaltakt, "um den Gegner zur Erfüllung des eigenen Willens zu zwingen". Die physische Gewalt, die Streitkräfte, waren also das Mittel; der Zweck lag darin, beim Gegner eine bestimmte Verhaltensweise zu erreichen.

Jahrhundertlang genügte der militärische Erfolg, um nicht nur Herrscher zu besiegen, sondern auch, um deren Untertanen zu beherrschen. Territorien wechselten ohnehin auf die verschiedenste Weise immer wieder ihre Herrscher. Tatsächlich war es für die Bevölkerung weitgehend irrelevant, welchem Herzog oder König sie gerade Untertan waren. Sicherlich haben immer wieder Mächte, vor allem Kolonialmächte, versucht, ihre Aktionen unter ein humanitäres Banner zu stellen. Die "Mission civilisatrice" der Franzosen wie "The white man's burden" der Engländer sind Beispiele dafür. Aber entscheidend war letztlich, dass ganze Kontinente erobert werden konnten, dass sich der geschlagene Feind bedingungslos unterwerfen musste, ohne dass der Bevölkerung der besiegten Gebiete irgendeine Mitsprache bei der Gestaltung ihrer eigenen Zukunft eingeräumt worden wäre.

2.2. Was hat sich geändert?

Schon die Kriege des 20. Jahrhunderts brachten Ergebnisse, mit denen auch die Sieger nicht gerechnet hatten und Entwicklungen, die auch sie nicht beeinflussen konnten. Ein wesentlicher Grund dafür lag darin, dass auch die Bevölkerung besiegter Staaten mündiger geworden war. Durch den 1. Weltkrieg wurde die Welt nicht für die Demokratie gerettet, wie es das erklärte Kriegsziel der USA bei ihrem Eintritt in den europäischen Krieg 1917 war. Vielmehr entstanden überall in Europa Diktaturen. Das durch den "großen Krieg" verursachte Elend und die Massenarbeitslosigkeit in der Folge des 1. Weltkriegs waren wesentliche Ursachen für den 2. Weltkrieg. Auch die Sieger dieses Krieges mussten sich nicht gewollten Herausforderungen stellen. Danzig wurde nicht befreit und fiel unter eine neue

Diktatur. Die Kommunisten bedrohten ganz Europa und England und Frankreich konnten den Zerfall ihrer Kolonialreiche nicht verhindern.

Genügte es nämlich in der Vergangenheit, eine Armee zu besiegen, um Völker zu beherrschen, so hat sich dies mit dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, mit dem Fortschreiten der Demokratie und mit der Bildungsgesellschaft grundlegend geändert. Dazu entstand auch in vielen Ländern eine unterschiedliche Haltung zum Krieg überhaupt. In Westeuropa etwa gilt eine bewaffnete Auseinandersetzung nicht mehr als legitimes Mittel zur Durchsetzung von nationalen Interessen.

Heute muss man auch, will man einen Krieg erfolgreich beenden, nicht nur die gegnerische Armee schlagen, man muss vielmehr auch die Menschen selbst eines besiegten Landes gewinnen. Es geht also darum, nicht nur den Krieg, sondern auch den Frieden zu gewinnen. Dabei erhebt sich die Frage ob dies nicht ohne vorherige militärische Auseinandersetzung leichter zu bewirken ist.

Zum Unterschied von jenen Perioden, in denen der Krieg ein akzeptiertes Mittel einer jeden Außenpolitik war und in denen militärische Siege auch die Herrschaft über die Besiegten bedeuteten, hat es grundlegende Veränderungen gegeben:

- Die Haltung zum Krieg hat sich geändert: Jahrhunderte hindurch war der Krieg ein integraler Teil der zwischenstaatlichen Beziehung. Scheiterten Verhandlungen oder wollte ein Herrscher auch nur seine Macht vergrößern, dann kam es zum Krieg. So sehr diese Haltung für manche Länder auch heute nicht ausgeschlossen ist, so wurde der Krieg als Mittel zur Durchsetzung nationaler Interessen für westliche Wohlfahrtsstaaten undenkbar.

- Die Menschen wurden mündiger, das gilt für die Sieger, aber auch für die Besiegten. Kriegserklärungen werden nicht mehr einfach hingenommen, die Begründungen für Kriege werden hinterfragt. Friedensbedingungen werden nicht mehr einfach akzeptiert, selbst wenn eine Regierung besiegt ist, verlangt die Bevölkerung das Recht auf Mitgestaltung der eigenen Zukunft. Dass aus Untertanen Staatsbürger wurden, gilt auch in der Außenpolitik.

Dazu kommen auf den verschiedensten Ebenen Haltungen, die den Krieg verurteilen: eine umfassende Literatur schildert die Schrecken des Krieges, Protestbewegungen begleiten eine jede Kriegserklärung. Offizielle Kriegsgründe werden auf ihre Richtigkeit geprüft. Ein Krieg, der ohne die Legitimation der

Vereinten Nationen geführt wird, gilt für viele von vornherein als ein ungerechter Krieg.

- Die Welt schaut zu: Der Einfluss des Fernsehens, ja der direkten Berichterstattung über Kampfhandlungen insgesamt, kann wohl nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wenn Menschen in ihren Wohnzimmern mitverfolgen können, wie andere getötet und Städte zerstört werden, ja wenn selbst der Tod eines einzelnen Soldaten Schlagzeilen macht, dann wird es für eine jede Armeeführung schwer, ihre Truppen beliebig einzusetzen. Noch im 2. Weltkrieg wurden Flächenbombardements, ja wurden Hiroshima und Nagasaki akzeptiert. Heute hat jedoch jeder im Irak gefallene amerikanische Soldat eine Auswirkung auf die amerikanische Innenpolitik, die Opfer der irakischen Zivilbevölkerung beeinflussen die öffentliche Meinung in den arabischen Ländern.

- Die Haltung zum Heldentum hat sich geändert: Seit Urzeiten galt es als „schön und ruhmreich, auf dem Feld der Ehre zu sterben“. Soldatentum und Männlichkeit bildeten vielfach eine Einheit. Noch im 1. Weltkrieg sprach der kommandierende englische General von einem „glorreichen Tag“, als in den ersten 12 Stunden der Offensive an der Somme sein Land 60.000 Opfer zu beklagen hatte. Heute ist es so, dass selbst Berufsarmeen alles tun müssen, um Opfer in ihren Reihen zu vermeiden. Manche glaubten sogar an die Illusion, eine starke technische kriegerische Überlegenheit würde Opfer in den eigenen Reihen ausschließen. Umso größer ist natürlich die Betroffenheit über die Zahl jener, die tatsächlich im Kampfe fallen.

Insgesamt kann man wohl sagen, dass es in einer Welt, in der die Menschen einen bestimmten Bildungsgrad erreicht haben, in der Demokratie und Menschenrechte zu den großen Leitmotiven der Zeit gehören, in der die Berichterstattung über Kampfhandlungen in die ganze Welt getragen wird und in der, nach den Zerstörungen der beiden Weltkriegen, der Heldentod vielfach anders gesehen wird, Kriege nicht mehr in gewohnter Weise begonnen und beendet werden können. Es ist viel schwerer geworden, anderen mit Gewalt den eigenen Willen aufzuzwingen. Damit ist das Wesen des Krieges in Frage gestellt.

Es geht auch darum, den Frieden zu gewinnen. Der Kosovo, Afghanistan und Irak sind wohl Beispiele dafür, dass es nicht mehr genügt, eine gegnerische Armee zu besiegen oder einen feindlichen Herrscher abzusetzen. Solange der Sieger nicht in

der Lage ist, die Bevölkerung des besiegten Landes für sich zu gewinnen, ist es sehr gewagt, von einem erfolgreichen Krieg zu sprechen.

3. Die Relativierung der Souveränität

2011 ist in den USA das Buch „Sovereignty or Submission“ erschienen. Der Autor, John Fonte, Direktor des „Center für American Common Culture“ am Hudson Institute argumentierte dahingehend, dass sich Amerika gegen jene wehren müsse, die dem Land internationale Verbindlichkeiten aufzwingen wollen. Die USA müssten alles tun, so der Autor, um eigenständig ihr eigene politische Kultur zu erhalten.

Aber welches Land kann sich heute noch leisten außerhalb der internationalen Staatengemeinschaft zu stehen, außer Amerika und vielleicht Somalia. Die einen, weil sie immer noch in der Lage sind, nach ihren eigenen Gesetzen zu handeln; die anderen, wie Somalia, weil sie einfach außerhalb der internationalen Staatengemeinschaft stehen.

Während der letzten Jahrzehnte wurde das klassische Konzept der Souveränität sowohl international als auch innerstaatlich stark ausgehöhlt: Für viele Staaten, vor allem in Europa, wurde es praktisch denkmöglich, zur Durchsetzung der eigenen Interessen einfach einen Krieg zu erklären. Technische und wirtschaftliche Entwicklungen entfalteten sich weltweit ohne Rücksicht auf nationale Grenzen und gemeinsame Herausforderungen, ob Umweltverschmutzung oder Drogenhandel, beide verlangen nach gemeinsamen Aktionen.

Natürlich sind nicht alle Staaten von dieser Entwicklung in gleicher Weise betroffen: Unterschiedliche wirtschaftliche und militärische Verhältnisse spielen genauso eine Rolle wie die grundsätzlich politische Haltung dazu, wie die „neue Weltordnung“ gestaltet werden soll: Die USA, als einzig verbleibende Supermacht, haben nicht nur militärisch ganz andere Möglichkeiten als irgendein anderer Staat, für sie bleibt der Einsatz militärischer Macht ein integraler Bestandteil ihrer Außenpolitik. Auch der chinesische Staatspräsident betont immer wieder das „Prinzip der gegenseitigen Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität“. Am anderen Ende des Spektrums kann Somalia es sich leisten, letztlich ohne Rücksicht

auf die „internationale öffentliche Meinung“ Kriege zu führen oder Abkommen, wie jenes über das Verbot von Kindersoldaten, nicht zu unterzeichnen. Zwischen diesen Extremen - Wahrung der Souveränität aufgrund der eigenen Stärke bzw. Freiraum des Außenseiters - liegt jene „Internationale Gemeinschaft“ formell souveräner Staaten, die, freiwillig oder gezwungen, einen Verlust sowohl der äußeren als auch der inneren Souveränität hingenommen haben. Dies soll im Folgenden kurz dargestellt werden.

3.1. Der Verlust der äußeren Souveränität

Allianzen und Allianzkräfte waren durch Jahrhunderte das wichtigste Instrument der internationalen Politik, die darauf ausgerichtet war, staatliche Macht zu erhalten bzw. auszuweiten. Die Staaten hatten die militärische Macht, Kriege zu führen, um Einfluss zu gewinnen oder um Konflikte zu lösen und waren gewillt, entsprechend zu handeln. Das Staatsinteresse, die Staatsräson, war oberste Maxime. Es galt, dem Staat jene Machtmittel zur Verfügung zu stellen und den Untertan dahingehend zu erziehen, dass diese Mittel entsprechend eingesetzt werden konnten. Die zahlreichen Kriege des 18., 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, ob es nun um eine dynastische Vorherrschaft, um nationale bzw. ideologische Auseinandersetzungen oder um die Aufrechterhaltung des internationalen Gleichgewichtes ging, sind dafür ein klares Zeugnis.

Diese Situation hat sich während der letzten Jahrzehnte dramatisch geändert, worauf auch im Kapitel über „Kann man Kriege noch gewinnen?“ genauer eingegangen wird. Hier soll, im Zusammenhang mit der staatlichen Souveränität, lediglich darauf hingewiesen werden, dass die Möglichkeit, zur Erhaltung der eigenen Macht oder des eigenen Interesses Kriege zu führen, vielen Staaten ganz oder teilweise verloren gegangen ist. Einerseits konnten oder wollten viele Länder, angesichts der gigantischen Militärausgaben der Supermächte, mit dem Rüstungswettlauf nicht Schritt halten und verloren damit die Möglichkeit, zur Lösung

von Konflikten militärische Macht einzusetzen, weil dies ohnehin aussichtslos gewesen wäre. Andererseits hat sich, angesichts der Schrecken der modernen Kriege, doch auch die Ansicht durchgesetzt, dass der Einsatz militärischer Macht nicht das geeignete Mittel zur Beilegung von zwischenstaatlichen Streitigkeiten ist. Diese Haltung wird, insbesondere in westlichen Wohlfahrtsstaaten, noch dadurch unterstützt, dass die persönliche Wohlfahrt und nicht die Macht des Staates das eigentliche Ziel auch der Außenpolitik geworden ist.

Internationale Gerichtshöfe und internationale Organisationen sind genauso eine Antwort auf diese Entwicklung wie es früher Militärallianzen waren. Das Konzept der Souveränität entstand eben, als es im 16. und 17. Jahrhundert galt, das Machtmonopol absolutistischer, zentralistischer Staaten zu legitimieren. Dass sich die Rahmenbedingungen ganz entscheidend geändert haben, wird es wohl notwendig sein, auch das Konzept des Machtmonopols der souveränen Staaten zu überdenken.

3.2. Der Verlust der inneren Souveränität

Während der letzten Jahrzehnte wurde die nationale Souveränität nicht nur von außen her durch die „Zwänge der Modernität“, durch Völkerrecht oder internationale Organisationen beeinträchtigt, sondern auch dadurch, dass die staatliche Macht auch von innen her immer stärker in Frage gestellt wird. Ist es nicht vielfach überhaupt so, dass die Souveränität den Träger gewechselt hat, eben von der Regierung tatsächlich auf das Volk, auf den Bürger übergegangen ist? Jedenfalls können in den modernen Demokratien die Regierungen ihre Macht nicht mehr so selbstverständlich ausüben, wie noch vor einer Generation oder gar früher. Der „selbständige Bürger“ fühlt sich oft als neuer Souverän und ist seiner Regierung gegenüber, auch in Fragen der Außenpolitik, viel kritischer eingestellt als früher. Dies zeigen auch zahlreiche Umfragen.

Eine im „Economist“ im Juli 1999 unter dem Titel „Desillusionen in führenden Ländern“ veröffentlichte Umfrage ergibt folgendes Bild: In den 1950er und frühen 1960er Jahren antworteten noch 75 % der Amerikaner auf die Frage „Wie oft kann man der Regierung in Washington vertrauen, das richtige zu tun?“, mit „meistens“ oder „fast immer“. Bis 1998 ist dieser Prozentsatz auf unter 40 % gesunken. In den

1960er Jahren haben noch zwei Drittel der Amerikaner die Feststellung verworfen, die gewählten Volksvertreter kümmern sich nicht um die einfachen Leute; 1998 waren zwei Drittel mit dieser Behauptung einverstanden. Zu diesem Zeitpunkt hatten nur mehr 12 % der Amerikaner „großes Vertrauen“ in ihre Regierung. Seither ist das Vertrauen der Amerikaner in ihr politisches System weiter geschwunden.

Ähnliche Werte werden für Kanada und Japan angeführt. Auch für Westeuropa wird ein starker Vertrauensschwund in das ganze politische System festgestellt. Der Prozentsatz jener, die in den 1960er Jahren noch Vertrauen in ihr Parlament zeigten, hat sich seither halbiert und liegt nur mehr bei 20 % bis 25 %. In Italien vertraut überhaupt nur mehr eine verschwindende Minderheit dem politischen System.

Aber wie sollen ein Staat, eine Regierung nach außen souverän auftreten, wenn die Glaubwürdigkeit der Institutionen im Inneren so stark erschüttert ist? Wie kann eine Regierung nach außen notwendige Initiativen ergreifen, wenn der Rückhalt im eigenen Land nicht gegeben ist? Die Theorie der Souveränität ist immerhin davon ausgegangen, dass der „Prinz“ über den Gesetzen steht. Wie lässt sich diese Theorie mit einer Situation in Einklang bringen, wo eine Regierung kurzfristig Erfolge braucht, und unterschiedlichen Interessensgruppen ständig Rechenschaft über das eigene Handeln geben muss?

Konnte früher ein Herrscher seine Politik ohne Rücksicht auf seine Untertanen gestalten, so sind heute die Regierungen bemüht, in unzähligen Meinungsumfragen zu erfahren, wie sie ihre Politik ausrichten sollen. Ist unter solchen Umständen eine berechenbare, im Interesse eines ganzen Landes gelegene Außenpolitik überhaupt noch möglich?

Dazu kommt noch, dass die neue Technik neue und bessere Informationsmöglichkeiten schafft, Computer und Internet können auch als Instrument der direkten Demokratie eingesetzt werden. So ergibt sich die Möglichkeit, in den verschiedensten Fragen Koalitionen weit über alle Staatsgrenzen hinweg zu bilden. So wie in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie die Nationalität, über territoriale Grenzen hinweg, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt hat, so kann sich die Internet-Generation in Umwelt-, Kultur- oder

Sicherheitsfragen zu einer grenzüberschreitenden Kampfgemeinschaft zusammenschließen. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Institutionen, das neue Selbstbewusstsein vieler Bürger, verbunden mit der neuen Technik, eröffnen jedenfalls Möglichkeiten, die die Ausübung der „inneren Souveränität“ zumindest schwieriger machen.

3.3. Zwischen Souveränität und Interventionsrecht - eine Grauzone

Als Kofi Annan, damals Generalsekretär der Vereinten Nationen, im September 1999 ausführte, dass das ganze Konzept der nationalen Souveränität neu überdacht werden müsse, zeigte sich in den Reaktionen darauf, dass innerhalb der Staatenwelt dazu die unterschiedlichsten Auffassungen bestehen. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit gibt es große Unterschiede, eine Grauzone, wo man je nach Anlass und Eigeninteresse die unterschiedlichsten Farbtöne auswählen kann.

Im Wesentlichen meinte Kofi Annan, für die Vereinten Nationen bestünde eine Interventionspflicht, wenn Menschenrechte in grober Weise verletzt werden. Damit wurde das von den Vereinten Nationen bisher voll respektierte Recht eines jeden Staates auf nationale Integrität und Souveränität offen in Frage gestellt. Die Kräfte der Globalisierung und der internationalen Zusammenarbeit würden, so Kofi Annan, dazu zwingen, die nationale Souveränität neu zu definieren, also einzuschränken. Andererseits müsse das Recht eines jeden Einzelnen, sein Leben selbst zu bestimmen, gestärkt werden.

Die Reaktionen auf die Ausführungen des UN-Generalsekretärs reichten von „zurückhaltender Beipflichtung“ bis zur schroffen Ablehnung. Der amerikanische Präsident Bill Clinton etwa meinte, Verbrechen dürften nie mehr hingenommen werden, wies aber gleichzeitig auf die praktischen Schwierigkeiten hin, bei jeder humanitären Katastrophe zu intervenieren. Der Westen schloss sich dieser Meinung weitgehend an. So sehr die Ausführungen Kofi Annans als „couragiert und zukunftsweisend“ bezeichnet wurden, tat man sie durchaus auch als „demagogisch“ ab, wie „Le Monde“ schrieb.

Ein klares „Nein“ kam von China und Russland, aber auch von vielen Staaten Afrikas und Asiens, die zu bedenken gaben, dass die Grenzen, wo eine Intervention

zu beginnen und wo zu enden habe, äußerst schwer zu ziehen sind. Eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten, so etwa der algerische Staatspräsident, könne daher nur mit Zustimmung des jeweiligen Staates erfolgen.

Die politische Diskussion bleibt also offen und ungeklärt, obwohl es schon seit dem Irak-Krieg 1991 immer wieder dazu kam, dass die „Internationale Gemeinschaft“ auch gegen den Willen eines betroffenen Staates intervenierte. Wie sollte es auch anders sein. In einer Zeit, in der viele Probleme nur mehr supranational gelöst werden können, die Legitimation, vor allem aber auch die Loyalität der Bürger, doch weitgehend bei den nationalen Instanzen liegt, kann es eine Kluft geben zwischen den gegebenen Problemen und der Bereitschaft zu handeln. Entsprechend unterschiedlich ist auch die Haltung der internationalen Gemeinschaft. Gegen den Irak und gegen Serbien kam es zu massiven Interventionen, während in Ruanda ein Völkermord und in Sierra Leone, im Kongo, in Angola und im Sudan massive Menschenrechtsverletzungen hingenommen wurden. Wie weit der „trotzige Kampf gegen den Westen“ („Neue Zürcher Zeitung“ April 1999) dabei eine Rolle spielt oder ob es eher um machtpolitische Überlegungen ging, müsste näher untersucht werden. Zum UNO-Beschluss einer Intervention zur Wiederherstellung des Friedens in Osttimor kam es jedenfalls erst nach einer Zustimmung Indonesiens, wobei ein amerikanischer Sprecher erklärte, strategische US-Interessen wären nicht betroffen. Die Intervention in Haiti im Jahre 1994, wo es darum ging, den gewählten Präsidenten Jean-Bertrand Aristide einzusetzen, wurde mit dem „Recht der Bevölkerung auf Demokratie“ gerechtfertigt. Aber kann dieses Prinzip in einer Welt durchgesetzt werden, in der zu viele Staaten keine demokratisch gewählten Regierungen haben?

So sehr man immer mehr davon spricht, dass Grenzen kein Schutz mehr für Diktatoren und Tyrannen sind, die politische Praxis macht immer noch große Unterschiede. Und so manches Schweizer Bankkonto wurde erst gesperrt, nachdem ein Diktator, der jahrzehntelang an der Regierung war, abdanken musste, und nicht während seiner Regierungszeit. So geschah es etwa beim philippinischen Diktator Markos oder bei Mobutu, der eine Generation lang den Kongo-Zaire ausgeplündert hatte. Richtig ist wohl, dass die Globalisierung und die Informationsrevolutionen zu einer anderen Sicht der Dinge, vielleicht sogar zu mehr gegenseitiger Verantwortung

führen. So sprach der estnische Staatschef Lennart Meri hinsichtlich des russischen Vorgehens in Tschetschenien von einer „inneren Angelegenheit Europas“.

Und als „man international der Meinung war“, der slowakische Regierungschef Vladimir Meciar würde die Entwicklung der Demokratie in seinem Lande eher behindern als fördern, schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“ von der „Slowakei - ein Fall für Europa“ (September 1998).

Diese neue Art, Staaten zu bevormunden bzw. internationale Verantwortung zu demonstrieren, zeigte sich aber auch, als die Europäer am Balkan massiv am Wiederaufbau mitwirken, wobei offensichtlich manche Region sogar zu einer Art Protektorat erklärt wurde oder wenn die Amerikaner den Kampf gegen den Drogenhandel in Kolumbien selber in die Hand nahmen.

Das Verhältnis zwischen Souveränität und Interventionsrecht ist jedenfalls noch in Schwebelage und wird es wohl noch längere Zeit bleiben.

V. Macht und Ohnmacht der Internationalen Gemeinschaft

Nach all den bisher aufgezeigten Entwicklungen stellt sich die Frage, wieweit die „Internationale Gemeinschaft“ heute in der Lage ist, die Sicherheit der Staaten und die existenzielle Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Einmal ist es gelungen, bis zu einem gewissen Grad zahlreiche Länder in eine internationale Wertegemeinschaft einzubinden, die internationale Gerichtshöfe anerkennt. Andererseits waren große Teile der Staatengemeinschaft auch bemüht, in „gescheiterten Staaten“ die Grundlagen für die existenzielle Sicherheit der Menschen zu schaffen. Insgesamt ist es wohl so, dass die alten Nationalstaaten nicht mehr in der Lage sind, alleine die Sicherheit ihrer Bürger zu garantieren, dass es aber den Weltstaat nicht gibt. In einer Periode der „Zwischenzeit“ ist es nur natürlich, dass vieles, was versucht wird, nur in Ansätzen gelingt und dass Maßnahmen der klassischen Machtausübung erst dann Wirkung zeigen, wenn man auch dem Wohl der Bürger gerecht wird.

1) Welche Rolle spielt die „Internationale Gemeinschaft“?

Von der „Internationalen Gemeinschaft“ ist ständig die Rede. Einmal wird beklagt, dass in einem Land die Menschenrechte verletzt werden und „die Welt schaut zu“. Man verlangt, dass die Übeltäter von der „Internationalen Gemeinschaft“ vor Gericht gestellt werden. Ein anderes Mal werden Stimmen laut, die die „Internationale Gemeinschaft“ auffordern, Friedenstruppen in ein Bürgerkriegsgebiet zu schicken oder nach Beendigung von Streitigkeiten dafür zu sorgen, dass der Friede aufrechterhalten bleibt. Schließlich erachtet man es heute schon als selbstverständlich, dass bei Naturkatastrophen oder Menschenrechtsverletzungen, die es irgendwo in der Welt gibt, die internationale Solidarität zum Tragen kommt. Schließlich nehmen manchmal auch die Großmächte für sich in Anspruch, bei Gipfeltreffen „im Namen der Welt“ zu sprechen, etwa wenn es um die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung geht.

Wer ist nun diese „Internationale Gemeinschaft“, in deren Namen die Welt gerettet oder zum allgemeinen Wohl in die inneren Angelegenheiten eines Staates eingegriffen werden kann? Was zeichnet die Staatengemeinschaft dahingehend aus, dass auf internationaler Ebene Initiativen möglich geworden sind, die früher an der nationalen Souveränität der einzelnen Länder gescheitert wären?

Einmal gibt es heute Standards, wie die Einhaltung der Menschenrechte, von denen man erwartet, dass sie von den Regierungen der einzelnen Länder respektiert werden. Wenn dies nicht der Fall ist, wenn Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit ganze Bevölkerungsgruppen bedrohen, dann nimmt die „Internationale Gemeinschaft“ für sich in Anspruch, ja fühlt sich verpflichtet, zum Schutz der betroffenen Personen einzugreifen. Während früher Völkerrecht und internationale Beziehungen fast ausschließlich nur die Staaten betroffen haben, kann nunmehr auch der einzelne Bürger gegebenenfalls mit der Hilfe der „Internationalen Gemeinschaft“ rechnen. Außerdem kann diese „Internationale Gemeinschaft“ selbst dann Rechenschaft verlangen, wenn etwa verfolgte Minderheiten glaubhaft darlegen, ihre Rechte bzw. Interessen würden vom eigenen Staatsverband nicht respektiert.

2) Die Welt als Sicherheits- und Wertegemeinschaft

Eines ist klar: die wachsende Rolle der „Internationalen Gemeinschaft“ hat zu einer Beeinträchtigung der nationalen Souveränität geführt, die in immer mehr Fällen internationale Standards anerkennen muss. Noch mehr: Aufgaben, die früher zu den ureigensten eines Staates gehörten, wie die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung, der Schutz der Bürger oder die Gewährleistung eines sozialen Mindeststandards, können heute von der „Internationalen Gemeinschaft“ übernommen oder eingefordert werden, wenn ein Land durch Bürgerkrieg, Gewaltherrschaft oder Anarchie nicht mehr in der Lage ist, sie zu erfüllen. Der erweiterte Aktionsbereich der „Internationalen Gemeinschaft“ steht also in direktem Zusammenhang damit, dass manche Vorgehensweisen eines Staates, die früher in seinen souveränen Wirkungsbereich fielen, heute von „der Welt“ wahrgenommen werden und Bürger auch entsprechende Ansprüche an die Staatengemeinschaft stellen.

Insgesamt kann man sagen, dass im internationalen Bereich große Fortschritte erzielt wurden, um den neuen Gegebenheiten von Sicherheit und Macht gerecht zu werden. Der „Welt als Wertegemeinschaft“ ist es gelungen eine internationale Gerichtsbarkeit aufzubauen, die vom „Internationalen Strafgerichtshof“ für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) über den „Internationalen Gerichtshof für Ruanda (ICTR) bis zum internationalen Strafgerichtshof reicht.

Die „Welt als Sicherheitsgemeinschaft“ unternimmt zahlreiche Aktionen in den Bereichen Peace-Keeping, Peace-Making, Peace-Building und Nation-Building. Es ist zu hoffen, dass die österreichische Gesellschaft für Sicherheit und Verteidigungspolitik diese Entwicklungen in einem der nächsten Sonderhefte näher untersuchen wird.

Literaturverzeichnis

- ABC des Nations Unies, Nations Unies, New York 2001
- Adam James Williams, *Singular Europe. Economy and Polity of the European Community after 1992*, Michigan 1995
- Albrow Martin, *The Global Age*, Cambridge 1996
- Amnesty International Report 1997*, London 1997
- Baylis John, Smith Steve, *The Globalization of World Politics*, Oxford 1997
- Barber Benjamin R., *Jihad vs. McWorld. How Globalism and Tribalism are re-shaping the World*, New York, 1996
- Bergen Peter L., *Guerre Sainte multinationale*, Gallimard, 2001
- Bell Daniel, *Die Zukunft der westlichen Welt – Kultur und Technologie im Widerstreit*, Frankfurt 1976
- Berlin Isaiah, *The Proper Study of Mankind*, New York 1998
- Bielefeldt Heiner, *Philosophie der Menschenrechte*, Darmstadt 1998
- Bismarck Otto von, *Gedanken und Erinnerungen*, Berlin 1898
- Blockmans Wim, *Geschichte der Macht in Europa*, Frankfurt, 1998
- Boniface Pascal, *La Volonté d'Impuissance*, Paris 1996
- Charillon Frederic, *Politique étrangère: Nouveaux regards*, presse de sciences p.o., Paris 2002
- Chossudovsky Michel, *Global, Brutal*, Zweitausendeins, 2002
- Camilleri Joseph A., Falk Jim *The End of Sovereignty*, Brookfield, 1992
- David Charles-Philippe, *La guerre et la paix*, presse de sciences, p.o., Paris 2000
- David Charles-Philippe, Baltazar Louis, Vaisse Jushin, *La politique étrangère des Etats-Unis – Fondements, acteurs, formulation*, Paris 2003
- Drucker Peter F., *The New Realities/In Government and Politics/In Economics and Business/In Society and World View*, New York 1989
- Defarges Philippe Moreau, *Relations internationales. 2. Questions mondiales*, Paris, 1993
- Dick Morris, *Behind the Oval Office*, New York 1997
- Dryzek John S., *The Politics of the Earth*, New York 1997
- Duffy Christopher, *The Military Experience in the Age of Reason*, Barnes&Noble book, New York 1997

Daron Acemoglu & James A. Robinson, *Why Nations fail*, New York 2012
Joseph Nye, *Macht im 21. Jahrhundert*, New York 2011
Cornelius Bjola & Markus Kornprobst, *Understandig international Diplomacy* ,
New York 2013
Elisabeth Cobbs Hoffman, *American Umpire*, Harvard College 2013
John Fonte, *Sovereignty or Submission*, New York 2011

Ettmayer Wendelin, Dr. , *Eine geteilte Welt – Machtpolitik und Wohlfahrtsdenken
in den Beziehungen des 21. Jahrhunderts*, Linz 2003

Feld Werner J., *International Relations: A Transnational Approach*, Sherman
Oaks, 1979

The World Book Encyclopaedia, Filed Educational Italia, Aprilia, 1970

Foreign Affairs May/June 2000, Volume 79, no 3, New York 2000

Freeman Jr. Chas. W., *The diplomat's dictionary*, Washington 1994

Fuller J.F.C., *The Decisive Battles of the Western World 1792–1944*, Paladin,
1970

Gigantes Philippe, *Power&Greed*, Constable, United Kingdom 2002

Gilpin Robert, *Global Political Economy – Understanding the international
economic Order*, USA (Princeton University), 2001

Glatzl C., Hauser G., Kernic F., *Europäische Sicherheit und Streitkräftereform
in der Weltgesellschaft*, Wien 13/2006

Görlich-Romantik, *Geschichte Österreichs*, Tyrolia, Innsbruck 1970

Held David, McGrew Anthony, Goldblatt David, Perraton Jonathan, *Global
Transformations*, Cambridge 1999

Haass Richard N., *Economic Sanctions and American Diplomacy*, New York
1998

Hampster-Monk Iain, *Modern Political Thought*, Blackwell, Oxford 1992

Held Jutta, Schneider Norbert, *Sozialgeschichte der Malerei*, Köln 1993

Hirst Paul, Thompson Grahame, *Globalization in Question*, Cambridge, 1996

Hitchens Christopher, *Les crimes de la Monsieur Kissinger*, Saint Simon, 2001

Hoff Joan, *International Journal volume 3*, Canadian Institute of International
Affairs, Toronto 2001

Holftfrerich Carl-Ludwig, *Wo sind die Jobs? – Eine Streitschrift für mehr Ar-
beit*, München 2006

Hosking Geoffrey, *Russia – Peoples and Empire 1552–1917*, Fontana Press,
Glasgow 1997

Hurrell Andrew, *On Global Order – Power, Values, and the Constitution of In-
ternational Society*, Oxford University Press, 2007

Iwanow Igar, *Die neue russische Diplomatie*, Econ, München 2002

Jenson Lloyd and Miller Lynn, *Global Challenge. Change and Continuity in
World Politics*, Harcourt Brace, Orlando 1997

Jeanneney Jean-Noël, *Une histoire des médias*, Paris 1996
 Jouvenel Bertrand de, *Du pouvoir*, Paris 1972
 Kennedy Paul, *Preparing for the 21st Century*, Random House, New York 1993
 Kennedy Paul, *The Rise and Fall of the Great Powers*, Unwin Hyman, London 1988
 Keegan John, *The Penguin Book of War*, London 1999
 Keynes John Maynard, *Revision des Friedensvertrages*, Duncker & Humboldt, München 1922
 Kindermann Gottfried-Karl, *Grundelemente der Weltpolitik*, Piper, München 1977
 Kissinger Henry, *Diplomacy*, Simon & Schuster, New York 1994
 Koehler and Amelang, *Mythen der Nationen: Ein europäisches Panorama*, München 1998
 Kolko Gabriel, *Das Jahrhundert der Kriege*, S. Fischer, Frankfurt am Main 1999
 Korey William, *NGOs and the Universal Declaration of Human Rights*, New York, 1998
 Lapham Lewis, *Le djihad américain*, Saint Simon, 2001-2002
 Laqueur Walter, *The Age of Terrorism*, USA, 1987
 Lauber Emil, *Metternichs Kampf um die europäische Mitte*, Adolf Luber, Wien
 Laurens Henry, *Le grand jeu – Orient, arabe et rivalités internationales*, Paris 1991
 Lechner Frank J., Boli John, *The Globalization Reader*, Malden, 2000
 Lewis Berard, *L'Islam d'hier à aujourd'hui*, London, 1976
 Lieven Dominic, *Empire – The Russian Empire and its Rivals*, Great Britain, 2000
 Lundestad Geir, *East, West, North, South*, Oslo 1977
 Malcolm Noel, *Bosnia. A Short History*, London 1994
 Manzagol Claude, *La mondialisation – Données, mécanismes et enjeux*, Lassay-les-Châteaux, 2003
 Matzner Egon, *Monopolar World Order*, Savaria books, Vienna 2000
 Mearsheimer John J., *The Tragedy of Great Power Politics*, Norton company, New York 2001
 Mendlovitz Saul H., *On the Creation of A Just World Order*, New York 1975

- Mimouni Rachid, *De la Barbarie en général et de l'intégrisme en particulier*, Belfond 1992
- Montifroy Gerard A., *Géopolitiques internationales*, Frison Roche, Paris 1994
- Morgenthau Hans J., *Politics Among Nations. The Struggle for Power and Peace*, New York, 1949
- Morton Desmond, *A Military History of Canada*, Toronto 1999
- Mourgeon Jacques, *Les Droits De L'Homme*, Paris 1978
- Mourre Michel, *Dictionnaire de l'histoire*, Larousse, 1998
- Niess Frank, *Eine Welt oder Keine*, München 1994
- Nixon Richard, *Leaders*, Warner Book, New York 1982
- Nohlen Dieter, *Lexikon der Politik. Band 6 Internationale Beziehungen*, C.H. Beck, München 1994
- Nohlen Dieter, *Lexikon der Politik. Band 7 Politische Begriffe*, München 1998
- Nolte Ernst, *Historische Existenz*, Piper, München 1998
- Nonjon Alain, *La mondialisation*, Condé sur Noireau
- Nouschi Marc, *Le 20ieme siècle*, Armond Colin, Paris 1995
- Parenti Michael, *Democracy for the FEW*, Boston 1995
- Porter Roy, *Enlightenment: Britain and the Creation of the Modern World*, The Penguin Press, London 2000
- Ramel Frédéric, *Philosophie des relations internationales*, Presse de sciences p.o., Paris 2002
- Ramonet Ignacio, *Peurs et menaces nouvelles*, Galilée, Paris 2002
- Rémond René, *Introduction à l'histoire de notre temps. 3. le XXe siècle de 1914 à nos jours*, Paris, 1974
- Rémond René, *Religion et société en Europe*, Paris, 1998
- Revel Jean-Francois, *Le Regain démocratique*, France 1992
- Rohan Albert, *Diplomat am Rande der Weltpolitik*, Molden, Wien 2002
- Rosanvallon Pierre, *La démocratie inachevée – Histoire de la souveraineté du peuple en France*, Saint-Amand (France), 2003
- Ropp Theodore, *War in The Modern World*, New York 1962
- Rotschild Dr. Walter, *Handbuch der Politik*, Berlin 1920
- Rother Rainer, *Mythen der Nationen – Völker im Film*, München 1998
- Schilling Heinz, *Höfe und Allianzen – Deutschland 1648–1763*, Siedler, 1989
- Schreiber Hermann, *August der Starke*, Heyne, München 1998

Sharansky Natan, *The Case for democracy – The Power of Freedom to overcome Tyranny & Terror*, USA, 2004

Sens Allen, Stoett Peter, *Global Politics – Origins, Currents, Direction*, Kanada 2005

Slaughter Anne-Marie, *A new world order*, Princeton, New Jersey 2004

Smith Hedrick, *The Russians*, New York 1977

Smith Rupert (Sir General), *The Utility of Force – The Art of war in the Modern World*, London 2005

Smouts Marie-Claude, *Les nouvelles relations internationales: Politiques et théories*, presse de sciences p.o., Paris 1998

Smouts Marie-Claude, Battistella Dario, Vennesson Pascal, *Dictionnaire des relations internationales*, Paris, Dalloz, 2003.

Sorman Guy, *La nouvelle richesse des nations*, Fayard, Paris 1987

Strauss Steven D., *The Complete Idiot's Guide to World Conflicts*, Alpha, Indianapolis 2002

Sur Serge, *Relations internationales*, Paris 2006

Swift James, *Civil Society in Question*, Toronto 1999

Szabo Franz A.J., *Kanvitz: Enlightened Absolutism 1753–1780*, Cambridge University, Great Britain 1994

Tarnas Richard, *The Passion of the Western Mind*, New York 1991

Todd Emmanuel, *Après l'empire*, Gallimard, 2002

Vocelka Karl, *Österreichische Geschichte 1699–1815*, Ueberreuter, Wien 2001

Walzer Michael, *Just and Unjust Wars*, Basic Books, 1977

Weltgeschichte: Russland, Weltbild, Augsburg 1998

Weltgeschichte: Das 20. Jahrhundert I: Europa 1918–1945, Weltbild, Augsburg 1998

Weltgeschichte: Das 20. Jahrhundert II: Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Weltbild, Augsburg 1998

White Brian, Little Richard, Smith Michael, *Issues in World Politics*, New York 1997

Windelband Wolfgang, *Die auswärtige Politik der Großmächte I*

Zakaria Fareed, *The Post-American World*, New York 2008

Le Monde, Paris

International Herald Tribune, New York, *Economist*, London

Lebensl

auf

Dr. Wendelin Ettmayer

Geboren am 01. August 1943 in Linz;

Matura am Akademischen Gymnasium in Linz;

1960/61 Besuch der Pacelli High School in Austin/Minnesota;

1966 Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Wien;
1966/67 Studium der Politikwissenschaften an der Universität Paris.

Nach dem Besuch der Diplomatischen Akademie in Wien 1969 Eintritt in den Diplomatischen Dienst.

1977 bis 1993 Abgeordneter zum Nationalrat; Stellvertretender Vorsitzender des Rechnungshof-Ausschusses; Mitglied der Ausschüsse für Verfassung, Inneres, Bildung und verstaatlichte Industrie;

Von 1994 bis Jänner 2000 Österreichischer Botschafter in Finnland;
(Mitakkreditierung in Estland)

Von Jänner 2000 bis Ende 2003 Österreichischer Botschafter in Kanada;
(Mitakkreditierung in Jamaika)

2004 – April 2005 Leiter der Abteilung für Bi- und multilaterale Außenwirtschaftsbeziehungen im Außenministerium;

April 2005 - 2008 Österreichischer Botschafter beim Europarat

Seit Jänner 2009: Autor und Vortragender über internationale Beziehungen

Publikationen zur Außenpolitik:

Finnland – Ein Volk im Wandel; Verlag Österreich 1999

Estland – der Aufbruch nach Europa; Verlag Österreich 1999

Eine geteilte Welt – Machtpolitik und Wohlfahrtsdenken in den internationalen Beziehungen des 21. Jahrhunderts; Trauner Verlag 2003

Jamaika – mehr als Rum und Reggae; Chancen und Probleme eines Entwicklungslandes; Trauner Verlag 2005

Organisierte Anarchie – Die neue Welt in der wir leben

Von der Welt der Staaten zum Weltstaat – und zurück

Kriege und Konferenzen – Diplomatie einst und jetzt

Publikationsverzeichnis von Dr. Wendelin Ettmayer

Zum Themenkreis "Katholische Soziallehre":

- * Zum Eigentumsbegriff in der katholischen Soziallehre
- * Die Familie in der katholischen Soziallehre und die Auswirkungen der Familienpolitik der ÖVP
- * Katholische Soziallehre und politisches Engagement

Zur Gesellschaftspolitik:

- * Literatur als politische Herausforderung – Die Welt der Arbeit in der österreichischen Literatur der Gegenwart
- * Hat unser Wohlfahrtsstaat seine Grenzen erreicht?
- * Der Stellenwert des Liberalen in der ÖVP
- * Die Frauenbewegung - ein Phänomen unserer Epoche
- * Öffentlicher Dienst - Träger des Wohlfahrtsstaates
- * Arbeitslosigkeit und politische Verantwortung
- * Politik und Zeitgeist
- * Für eine neue politische Kultur
- * Muss es immer mehr Verbrechen geben?
- * Zeit der Widersprüche in Politik, Demokratie und Wertbewusstsein
- * Der Schutz der Menschenrechte und der Minderheiten durch den Europarat (in Sicherheit und Recht zu Beginn des 21.Jahrhunderts, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, 2007)

Zur Außenpolitik:

- * Plädoyer für Mitteleuropa
- * Ideologische Dimensionen der internationalen Beziehungen
- * Finnland – Ein Volk im Wandel (Verlag Österreich)
- * Estland – der Aufbruch nach Europa (Verlag Österreich)
- * Organisierte Anarchie - Die neue Welt, in der wir leben (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien)

- * Kanada und die transatlantische Sicherheit (Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Wien)
- * Kanada – ein Land zwischen den Welten (Trauner Verlag)
- * Eine geteilte Welt – Machtpolitik und Wohfahrtsdenken in den internationalen Beziehungen
- * Eine Welt im Wandel
- * Jamaica - Mehr als Rum und Reggae
- * Von der Welt zum Weltstaat und zurück
- * Kriege und Konferenzen, Diplomatie einst und jetzt
- * Estland - Der Aufbruch nach Europa
- * Etat national ou Etat mondiale? (Hirle Editions, 2008)
- * Alte Staaten - neue Welt; Stabilität und Wandel in der internationalen Beziehungen (Trauner Verlag, 2008)
- * Berlin (Editions Hirle, 2009)
- * Quel avenir pour une souverainete europeenne? (Artikel in Europa no.1, Paris, AREION Group, 2009)

